

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 Pf., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 Pf., einschließlich 60 Pf. Poststempel und 72 Pf. Postbefreiungsbühren, Auslandsabonnements 6.— Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif: Porto 5.— Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntage und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Walt und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbefrag“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
14. März 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Kappelerzeile 80 Pf., Restamezeile 5.— Pf., „Ameise Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf., (unfähig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf., Kabbelt u. Text, Stellengeluche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Zeile 60 Pf., Familienanzeigen Zeile 40 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft (Vindensstraße 3, wochenttäglich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Vindensstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 530. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Vindensstr. 3, Dt. S. u. Disc.-Ges., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Sechs Stunden Skandaldebatte.

Haltlose Verdächtigungen gegen Sozialisten. — Flandin isoliert.

Paris, 13. März. (Eigenbericht.)

Die Kammer, die von Donnerstagabend neun Uhr bis Freitagmittag 12 Uhr ununterbrochen tagte, hat das Budget immer noch nicht unter Dach und Fach bringen können. In letzter Stunde ist wieder der Skandal der Aero Postale und der des darin so schwer kompromittierten Finanzministers Flandin zur Debatte gekommen, und obwohl die Auseinandersetzungen darüber im Sande verließen, nahmen sie doch nicht weniger als sechs Stunden in Anspruch.

Eröffnet wurde die Schlacht mit einer Anfrage des sozialistischen Parteiführers Léon Blum, ob die Kammer der Ansicht sei, daß Flandin, Rechtsberater der Aero Postale,

der geeignete Mann

dazu sei, die bankrotte Flugverkehrs-Gesellschaft unter Wahrung der Interessen des Staates zu liquidieren. Weiter forderte Léon Blum den Finanzminister direkt auf, seine wiederholten Drohungen wahrzumachen, und alle Anklagen, die er etwa gegen kompromittierte Mitglieder der sozialistischen Partei vorzubringen habe, vor der Kammer zu erheben.

Flandin antwortete mit einer recht lahmen Rechtfertigung seiner Haltung gegenüber der Aero Postale, um dann zum Angriff gegen die Sozialisten vorzugehen. Was er aber vorzubringen hatte, war nichts anderes als jämmerliches Bierbankgelaich. Er warf dem Parteiführer Léon Blum als Schandtat vor, daß

sein Sohn Ingenieur und Angestellter

der Automobilfabrik Peugeot sei. Er beschuldigte Paul Boncour der Ausplünderung der kleinen Sparer, weil er im Skandal der ungarischen Anteilbesitzungen als Verteidiger eines der Angeklagten aufgetreten sei. Er wollte einem dritten sozialistischen Abgeordneten einen Strich daraus drehen, daß er einmal in einer Zivilrechtsklage als Anwalt des bekannten Warenhanfes Galleries Lafayette aufgetreten sei. Er bezeichnete es schließlich auch noch als eine Schande, daß der sozialistische „Populaire“ als amtliches Organ einer antikapitalistischen Partei Anzeigen von notorischen Kapitalisten aufnehme. Zum Schluß protestierte Flandin gegen die von den Sozialisten eingeführte angebliche „Diktatur der Verdächtigungen“ und gegen ihre „Heuchelei der Tugendhaftigkeit“.

Mit Entrüstung wies Léon Blum die niedrigen Verdächtigungen des Finanzministers zurück, der, wie der sozialistische Parteiführer betonte, sich damit reinzuwaschen suche, daß er die Ehre anderer beschmutze. Zu allem Ueberflus sah sich auch Justizminister Bernard genötigt, den angegriffenen sozialistischen Rechtsanwälten ein Ehrenzeugnis auszustellen. Ministerpräsident Laval machte der traurigen Szene ein Ende, indem er, ohne seinen Minister auch nur mit einem Wort zu verteidigen, die Vertrauensfrage für die Annahme des Sanierungsprojektes für die Aero Postale stellte. Er betonte dabei, daß dieses Projekt von den Sozialisten ungearbeitet worden sei, und daß es lediglich die Sicherstellung des Flugverkehrs nach Südamerika bezwecke, ohne den Aktionären und den Banken der Aero Postale zu helfen. Léon Blum erklärte, daß er und seine Partei mit diesem Projekt einverstanden seien, daß sie jedoch, um der Abstimmung über die Vertrauensfrage einen politischen Wert zu geben, einen Abstrich von einer Million von dem angeforderten Kredit verlangten. Die Vertrauensabstimmung ergab eine Mehrheit von 340 gegen 215 Stimmen für die Regierung.

So wurde Flandin noch einmal dadurch gerettet, daß man vor seine Person eine nationale Prestigefrage geschoben hat. Die Regierung aber geht aus dieser Debatte sicherlich nicht mit gehobener Autorität hervor, und wenn Finanzminister Flandin sich auch noch einmal ausjastend auf seinen Ministerstuhl setzen kann, so muß er sich doch sagen, daß

weder sein Ministerpräsident noch sein Kollege vom Justizministerium

noch auch nur ein einziger seiner politischen Freunde einen Finger für seine Ehrenrettung gerührt haben. Das ist immerhin eine moralische Beurteilung, wie sie scharfer nicht gedacht werden kann.

Budgetberatung beendet!

Paris, 13. März.

Die Kammer hat nach der Ablehnung des Votrages Léon Blum die Budgetberatung beendet und den gesamten Budgetentwurf für das nächste Finanzjahr mit 460 gegen 120 Stimmen angenommen. Die endgültigen Zahlen des Budgets sind folgende: Einnahmen 50,7 Milliarden, Ausgaben 50,7 Milliarden Franken.

Ein nationalsozialistisches Attentat.

Ein Hafenkreuz-Polizeibeamter schießt bei einer disziplinarischen Vernehmung auf seinen Vorgesetzten.

Hamburg, 13. März. (Eigenbericht.)

Als der Polizeiwachmeister Friedrich Pohl heute mittag von dem Regierungsrat Vassally in einer Dienststrafsache wegen nationalsozialistischer Betätigung vernommen wurde, zog er seinen Dienstrevolver und gab auf den Regierungsrat einen Schuß ab, der diesen schwer verletzte. Pohl ist festgenommen.

Regierungsrat Vassally wurde im Krankenhaus sofort operiert, er befindet sich außer Lebensgefahr.

Bei dem Täter handelt es sich um den 28 Jahre alten Polizeioberwachmeister Pohl, Sohn eines Arztes aus der Altonaer Heide, der nach Befehlen seiner Einjährigprüfung in Polizeidienste getreten war. Seit kurzem war es seinen Vorgesetzten aufgefallen, daß sich der Oberwachmeister Pohl nationalsozialistisch betätigte, worauf sofort ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, in dessen Verlauf er heute mittag von Regierungsrat Vassally vernommen wurde. Der Oberwachmeister, der neben dem Regierungsrat saß, zog plötzlich im Verlaufe der Unterredung seinen Dienstrevolver und verletzte Vassally durch einen Bauchschuß, der nur wenig unterhalb des Herzens den Körper durchschlug.

Ob Oberwachmeister Pohl Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist oder nicht, steht bisher nicht fest. Auf jeden Fall wird von bestunterrichteter Seite betont, daß es sich hier um einen Einzelfall nationalsozialistischer Betätigung in der Hamburger Polizei handelt, der keineswegs verallgemeinert werden kann.

Münchmeyer soll ins Gefängnis.

Und Goebbels vors Gericht.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß am Freitag, dem Plenum die Genehmigung eines Antrages auf Vollstreckung einer Gefängnisstrafe gegen den national-

sozialistischen Abgeordneten Münchmeyer zu empfehlen, mit der Begründung, daß Münchmeyer an den Arbeiten des Reichstags doch nicht teilnehme. Die Richtvollstreckung von Freiheitsstrafen soll nur dem Zweck dienen, den Abgeordneten die Ausübung ihrer Mandate zu ermöglichen.

Beschlossen wurde auch, einen Vorführungsbefehl gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Goebbels zu genehmigen. Es soll abgewartet werden, ob Goebbels diesem Befehl Folge leistet. Tut er es nicht, dann will der Ausschuß dem Plenum die Genehmigung eines Haftbefehls empfehlen.

Berliner Münchmeyer-Versammlung aufgelöst.

Eine Versammlung der Nationalsozialisten im Kriegervereinshaus, in der der Schimpfbold Münchmeyer sprach, wurde gegen 11 Uhr polizeilich aufgelöst, da die dienstlich anwesenden Polizeibeamten grüßlich beschimpft wurden.

Snowdens Befinden verschlimmert. Das Befinden des Schatzkanzlers Snowden hat sich verschlimmert. Die beabsichtigte Operation soll am Montag vorgenommen werden.

Hermann Müller nicht operiert.

Heute noch einmal Beratung der Ärzte.

Die für Freitagabend 10 Uhr angelegte Operation Hermann Müllers ist in Anbetracht des augenblicklichen Zustandes des Kranken abermals verschoben worden. Sonnabendfrüh wird sich das Arztekonzilium nochmals darüber schlüssig werden, ob im Laufe des Vormittags die Operation vorgenommen werden soll.

In den Abendstunden trat im Befinden des Patienten eine weitere leichte Besserung ein.

Die Genfer Konvention.

Der Zollwaffenstillstand und die deutsche Zollpolitik.

Im Reichstag steht heute das Genfer Handelsabkommen über die Stabilisierung der Handelsverträge, der sogenannte Zollwaffenstillstand, zur Entscheidung. Dieses Abkommen ist unter Mitwirkung der deutschen Delegation, die unter Führung des damaligen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt stand, zustande gebracht worden. Die Konvention konnte bisher nicht in Kraft gesetzt werden, da nur von einem Teil der Staaten, die sie unterzeichnet haben, die Ratifikation erfolgt ist. Als Endtermin für die Ratifikation war ursprünglich der 1. November 1930 festgelegt worden. Von dem siebzehn beteiligten europäischen Staaten hatten jedoch bis zu diesem Termin nur acht Länder, unter ihnen England, die nordischen Staaten, Belgien, die Schweiz, Finnland und Lettland die Ratifizierung vorgenommen, später hat dann auch Italien seinen Beitritt vollzogen, und in der Zwischenzeit ist auch das Abkommen von den französischen Parlamenten gebilligt worden. Von ausschlaggebender Bedeutung für das Schicksal des Abkommens ist nunmehr vor allem die Ratifikation durch Deutschland.

Weshalb zögert Deutschland so lange? Es erscheint zunächst kaum verständlich, daß dieses Abkommen, dessen große wirtschaftliche Bedeutung für die deutsche Wirtschaft auf der Hand liegt, nicht bereits längst von deutscher Seite ratifiziert wurde. Der Kreis der Länder, die dieses Abkommen unterzeichnet haben, umfaßt etwa zwei Drittel des deutschen Gesamtexports und 80 Proz. des deutschen Exports nach den europäischen Märkten. Die deutsche Außenhandelsbilanz mit diesen Absatzmärkten war im letzten Jahre mit 3,2 Milliarden aktiv!

Durch das Abkommen würde eine Aufstündigung der Handelsverträge unter den Konventionsstaaten unterbunden und damit der weitaus größte Teil der Handelsbeziehungen Deutschlands stabilisiert. Zugleich übernehmen England und Holland von sich aus die Verpflichtung, keine neuen Schutzzölle einzuführen bzw. die bestehenden nicht weiter zu erhöhen; es würde also durch Inkraftsetzung des Genfer Handelsabkommens die große akute Gefahr, daß England und Holland auch zum allgemeinen industriellen Schutz Zoll übergehen, gebannt. Berücksichtigt man, daß diese beiden Länder im Durchschnitt der letzten beiden Jahre etwa für 2,5 Milliarden Mark deutsche Waren, hauptsächlich hochwertige industrielle Fertigwaren, ausnahmen, so wird die große Bedeutung dieser Bindungen der Freihandelsländer für die deutsche Exportindustrie ohne weiteres klar.

Andererseits legt das Abkommen den Volkswirtschaften keineswegs untragbare Fesseln in ihrer Bewegungsfreiheit auf zollpolitischem Gebiet auf. Bezüglich der Finanzzölle und Zollerhöhungen infolge dringender Umstände haben die Länder freie Hand. Im übrigen sollen allen zollpolitischen Maßnahmen Ankündigungen sowie freundschaftliche Verhandlungen mit den hierdurch betroffenen Ländern vorangehen. Da aber den eventuell geschädigten Ländern das Recht zum Rücktritt von der Konvention gegenüber einem Mitgliedslande oder der Gesamtheit zusteht, wird ein starker moralischer Druck auf alle Konventionsstaaten ausgeübt, sich in ihrer Zollpolitik stärkere Zurückhaltung aufzuerlegen.

Die Stabilisierung der Handelsverträge, der Verzicht Englands und Hollands auf Einführung neuer Schutzzölle bedeuten für die deutsche Volkswirtschaft mit ihrem starken Exportbedürfnis einen so beträchtlichen Fortschritt, daß es eigentlich über den deutschen Beitritt und die deutsche Ratifikation kaum eine Diskussion geben dürfte. Im agrarischen Lager hat aber bereits eine heftige Agitation gegen dieses Abkommen eingesetzt, und man kann wohl annehmen, daß die lange Hinauszögerung der Ratifikation auf die Rücknahme der Regierung gegenüber diesen Strömungen zurückzuführen ist.

In den Reihen der Landwirtschaft wird dieses Abkommen deswegen bekämpft, weil es der deutschen Zoll- und Handelsvertragspolitik gewisse Rücksichtnahmen auferlegt, der Land- und aber Hemmungen, die seiner uferlosen agrarischen Zoll-erhöhungspolitik entgegenstehen, aus dem Wege räumen will. Man befürchtet, daß die Lösung der bestehenden Zollbindungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch das Inkrafttreten der Konvention erschwert würde.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wurde sogar ein neuer verzweifelter, aber offenbar vergeblicher Versuch gemacht, Hugenberg und die Seinen sowie die Nazis zur Rückkehr in den Reichstag zu bewegen. Trotz aller dieser Quertreibereien darf man mit der Annahme der Vorlage im Plenum des Reichstags rechnen.

Otto Braun über seine Politik.

Osthilfe ist nur mit Preußen möglich.

Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags sah sich Ministerpräsident Dr. Otto Braun am Freitag anlässlich der Beratung seines Etats mit seine Gegnern auseinander. Seine Ausführungen gegen die Katastrophenspolitik auf der Rechten und Linken waren von ersterlicher Schärfe und ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Der preussische Ministerpräsident führte u. a. aus: „Die Vorwürfe, daß die Staatsregierung versucht hätte, der preussischen Exekutive Einfluß auf die Ausführung der Osthilfe zu verschaffen, seien gerade im Preussischen Landtag unverständlich. Sie seien nur erklärlich durch das Bestreben der Opposition, unter allen Umständen und stets der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Die Millionenverluste bei dem Verlauf früherer Osthilfeaktionen hätten gerade die Notwendigkeit stärkerer preussischer Einflüsse bewiesen.“

Im übrigen wisse ja auch die Reichsregierung, daß das Osthilfegesetz nur mit den preussischen Behörden durchzuführen sei, weil Reichsbehörden dort nicht existieren.

Es habe niemals Differenzen darüber mit der Reichsregierung gegeben. Das Gesetz sei nicht durch Preußen, sondern durch das Verhalten des Vertreters der Provinz Ostpreußen im Reichsrat gefährdet gewesen. Die preussische Staatsregierung habe lediglich sachlich gearbeitet, in dem Bestreben, dem Osten wirklich Hilfe zu bringen. Eine sachliche Arbeit könne aber erklärlicherweise ohne die Zentrale der Genossenschaft, nämlich die Preußenkasse, nicht geleistet werden. Die Industriebank sei vor ganz neue Aufgaben gestellt, müsse daher eine gewisse Umgestaltung erfahren und benötige dazu sachkundige Vertreter der Landwirtschaft und der großen Kreditorganisationen. Demzufolge habe auch die Reichsregierung durchaus anerkannt, daß die Rentenbanktreuhänder und die Preußenkasse mit ihrem sachkundigen Personal an der Arbeit beteiligt werden müßten. Es sei lächerlich, davon zu reden, daß die Preußenkasse mit einem unter 33 Aufsichtsratsmitgliedern einen „entscheidenden Einfluß“ bekommen habe. Die Hauptsache für den Osten sei, daß ihre sachliche Mitarbeit gewährleistet worden sei.

Bzüglich des Stahlhelmsvolksbegehrens verwies der Ministerpräsident auf die Ausführungen des Innenministers Severing bei der Beratung seines Etats, die er vollkommen teile. Der Verdacht, daß die Staatsregierung dem Volksbegehren Schwierigkeiten machen wolle, sei vollkommen unbegründet.

Allerdings werde die Regierung nicht etwa, wie die Deutschnationalen es zu wünschen scheinen, einen Antrag noch besonders fördern, der unmissigerweise ihr weit mehr als 1 Million Mark Kosten verursache, nur dafür, daß bestenfalls der Landtag nur drei Monate früher als sonst geschehen müsse, aufgelöst werde. Auf alle Fälle aber werde die Regierung streng korrekt nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren. Die von den Urhebern des Volksbegehrens vorgebrachte Forderung: „Preußen wieder preussisch“, sei entweder

eine reine Agitationslosel oder verrote den Wunsch, das Preußen der engsten konservativen Kasten- und Polizeiherrschaft wiederherzustellen.

Die Regierung werde sich in dem Kampf für das Volksbegehren, wenn sie auch selbstverständlich ihre gesetzlichen Pflichten auf das peinlichste und strengste erfüllen werde, doch energisch gegen Unwahrheiten und Entstellungen in der Öffentlichkeit zur Wehr setzen.

Wenn angefragt werde, ob er in seiner Bielefelder Rede dem Herrn Reichspräsidenten geraten habe, aus dem Stahlhelm auszutreten, so läge die Dinge so: Er habe auf das würdelose Verhalten des Stahlhelms in Italien hingewiesen, den Zug der seine Beteiligung mitzufieren, an dem einst Italien von den Verbündeten abgefallen war. Im Zusammenhang damit habe er gesagt, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung es für erwünscht halte, wenn der Herr Reichspräsident sein Verhältnis zum Stahlhelm löse, das er unter ganz anderen Voraussetzungen eingegangen sei.

Bei seiner Entziehung habe der Stahlhelm sich nämlich ausdrücklich auf den Boden der republikanischen Staatsform gestellt und alle Frontsoldaten zusammenschließen wollen. Damals habe der Herr Reichspräsident die Ehrenmitgliedschaft angenommen.

Zu der Anfrage über seine Berliner Rede im Sportpalast, die ja nur angeklagt, aber nie gehalten worden sei, stellte der Ministerpräsident fest, daß er ursprünglich lediglich aufgefördert gewesen sei, vor seinen Parteigenossen gegen den preussischen Faschismus, der insbesondere auch im Stahlhelmsvolksbegehren zum Ausdruck komme, zu sprechen. Als er die Zusage zu dieser Rede gegeben habe, sei ihm und wahrscheinlich auch noch nicht einmal den Einberufern bekannt gewesen, daß auch ein Italiener sprechen wolle. Er habe, als er das später erfuhr, seine Mitwirkung abgelehnt, weil sich dadurch der Charakter der Veranstaltung geändert habe. Es sei weder eine Einwirkung des auswärtigen Amtes, noch sonst der Reichsregierung auf ihn erfolgt; sein Entschluß sei völlig freiwillig gewesen. Er habe sich nur darüber wieder einmal wundern müssen, daß die Rechtspreß diese von ihm nicht einmal gehaltene Rede in Gegenwart eines Italieners als Einmischung in die Verhältnisse eines fremden Staates bezeichnet habe, während sie selbst geschwiegen habe, als bei der Koblenzer Stahlhelmskundgebung, die doch scharf gegen die preussische Staatsregierung gerichtet war, eine Abordnung italienischer Faschisten offiziell teilgenommen habe. Das um so mehr, als ja der deutschnationale Redner vorher selbst zugegeben habe, daß Faschismus und Staat in Italien eins seien. Die Deutschnationalen hätten sich angesichts dieser Sportpalastversammlung ganz außerordentlich besorgt um die Interessen der deutschen Außenpolitik gezeigt. Es wäre außerst erwünscht, wenn sie dieses pflegliche Interesse für die deutsche Außenpolitik auch sonst bei anderen Angelegenheiten befristigen würden.

Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit sowie dem starken Rückgang des Inlandsabfahres ist es dringend erforderlich, daß wenigstens die Beschäftigung für den Export durch eine vernünftige Handelspolitik einigermaßen erhalten bleibt. Hierfür bietet die Stabilisierung der Handelsverträge und der Zollmassenstillstand, wie er durch das Genfer Abkommen angestrebt wird, die beste Gewähr. Die Reichsregierung sollte für rasche Verabschiedung des Gesetzes sowie unverzügliche Ratifikation Sorge tragen und sich ihrerseits auch darum bemühen, daß das Abkommen international rechtzeitig bis zum 1. April in Kraft gesetzt wird. Die Reichsregierung muß aber auch die gesamte Linie ihrer Zoll- und Handelspolitik mit den rechtlichen und moralischen Verpflichtungen, die sie durch den Beitritt zur Konvention übernimmt, in Einklang bringen.

Es scheint uns nicht angängig, daß im gleichen Zeitpunkt, an dem die Reichsregierung zur Ratifikation des Genfer Abkommens schreitet, eine beträchtliche Erweiterung des agrarischen Zollscheses, sowie die Aufhebung von agrarischen Zollbindungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Handelsverträgen von ihr angestrebt und vorbereitet werden!

Schiele will verschleppen.

Der Reichsernährungsminister hat in einem Schreiben an den Reichstanzler gegen die Annahme des Gesetzes zur Ratifizierung des Genfer Zollfriedens durch den Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags seine Bedenken geltend gemacht. Er will die Ratifizierung des Abkommens davon abhängig gemacht wissen, daß auch jene Staaten dem Abkommen beitreten, mit denen Deutschland zurzeit in Verhandlungen über einen Handelsvertrag steht, nämlich Rumänien und Ungarn.

Reichsrat gegen Gefrierfleisch.

Einspruchserhebung gegen Preußen beschlossen.

Der Reichsrat hielt am Freitagabend eine Vollsitzung ab, in der durch Mehrheitsbeschluß Einspruch gegen die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Brotgesetz und gegen das vom Reichstag angenommene sozialdemokratische Initiativgesetz, das wieder ein zollfreies Gefrierfleischkontingent einführen wollte, erhoben wurde.

Gegen den Einspruch stimmten die preussischen Regierungsvertreter, sowie die Vertreter von Hamburg, Mecklenburg-Schwerin und Lübeck.

Die Novelle zum Brotgesetz, wie das sozialdemokratische Initiativgesetz können nach diesem Beschluß des Reichsrats nur dann Gesetzeskraft erhalten, wenn der Reichstag sie nunmehr mit Zweidrittelmehrheit annehmen würde. Eine Aussicht dafür besteht nicht.

Die Volkspartei kündigt.

Aber sie zieht keine Konsequenzen.

Weimar, 18. März. (Eigenbericht.)

Die Deutsche Volkspartei Thüringens hat am Freitag eine Erklärung veröffentlicht, nach der sie sich nicht mehr an die Abmachungen der gegenwärtigen Regierungskoalition gebunden fühlt.

In der Erklärung heißt es, die Nationalsozialisten hätten auf das letzte Schreiben der Volkspartei keine Antwort erteilt und keine Vorschläge zur Beseitigung der Differenzen gemacht. Anstatt die schweren Beschuldigungen, die der Fraktionsführer Sautel gegen die Volkspartei ausgesprochen habe, zurückzunehmen, habe Sautel weitere niedrige Beschimpfungen gegen die Volkspartei ausgesprochen. Durch dieses Vorgehen hätten sich die Nationalsozialisten außerhalb der Koalition gestellt. Die Volkspartei fühle sich nicht mehr an die Koalitionsabmachungen gebunden. Mit den übrigen Regierungsparteien wolle die Deutsche Volkspartei jedoch in Fühlung bleiben, um Schwierigkeiten, die sich bei der Etatberatung ergeben sollten, zu überwinden.

In der Erklärung wird nicht gesagt, ob die Volkspartei auch ihre Vertreter aus der Regierung zurückziehen will. Die Erklärung hat deshalb zunächst nur die Bedeutung einer Geste.

Razispionage im Fernsprechamt.

Eine Spionin bleibt im Dienst!

Bei der Beratung des Haushaltes der Reichspost stellte Abg. Sander (Soz.) im Ausschuss folgendes fest:

In der Nacht vom 19. zum 20. Februar wurde über das Fernsprechamt Bergmann das Ueberfallkommando alarmiert, weil es zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen war. In den Fällen, in denen das Ueberfallkommando verlangt wird, hat die Fernsprechbeamtin die Pflicht, sich in das Gespräch einzuschalten, um, wenn der Anrufende nicht mehr erreichbar ist, die nötigen Angaben machen zu können. Hier hatte die überwachende Beamtin sofort nach Beendigung des Gespräches den Abg. Goebbels angerufen und ihm wortwörtlich Mitteilung von dem Inhalt des Gespräches gemacht. Sie hat sich dabei als „dienstälteste Aufsichtsbeamtin des Fernsprechamtes Bergmann“ gemeldet. Wegen dieses Beamten hat bereits einmal eine Untersuchung wegen Begünstigung von Nationalsozialisten geschwebt. Sie ist heute noch im Amt!

Der Reichspostminister Schäpl antwortete, daß in der Reichspost staatsfeindliche Propaganda verboten sei. Es seien eine Reihe Verfahren im Gange und es würde durchgegriffen. Das gelte auch für den Fall beim Fernsprechamt Bergmann.

Trotzdem erscheint es unglaublich, daß diese Beamtin noch im Dienst ist!

Ein Freund von Kinderpfennigen.

Unterschlagungen eines nationalsozialistischen Obersekretärs.

München, 13. März. (Eigenbericht.)

Im Amberg in der Oberpfalz ist eine nationalsozialistische Säule geboren.

Der Vorsitzende der Hülfsvereine, ein besonders klaffender Sozialistenfresser, der städtische Obersekretär Hörmann, mußte seines Amtes enthoben und bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. Als Kassenerhalter bei der städtischen Sparkasse hatte er die in

den Schulen gesammelten Sparpfennige der Kinder nach Uebergabe durch die Lehrer unterschlagen und für sich verbraucht. Seine Käsenführung galt schon seit längerer Zeit als undurchsichtig.

Der Etat der Finanzverwaltung.

Pessimismus für das Jahr 1931.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags begann in einer Abend-sitzung seine Beratungen mit dem Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung (Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben, Ueberweisungen an die Länder usw.). In einer einleitenden Rede verteidigte der Finanzminister Dietrich die Richtigkeit seiner Einnahmenvorschläge, wobei er aber doch schon Bedenken darüber äußerte, ob alle veranschlagten Summen voll einkommen werden.

Abg. Cremer (D. Sp.) und Köster (Sp.) äußerten erhebliche Bedenken gegenüber den Einnahmenvorschlägen, Cremer propagierte wieder den volksparteilichen Lieblingsgedanken, der Regierung generelle Kürzungsvoollmacht für alle Reichsausgaben zuzubilligen.

Dr. Herz (Soz.) meinte, es sei zweifellos, daß die letzten vergangenen Monate einen etwas größeren Pessimismus für die öffentlichen Finanzen in 1931 berechtigt erscheinen lassen. Im Grunde komme es aber bei dieser Frage auf die Bedeutung der Auswirkung etwaiger Steuerrückgänge für die Länder und Gemeinden an. Der Minister möge Auskunft geben, welche einzelnen Länder bisher an ihn herangekehrt seien, um die Genehmigung zur Senkung ihrer Realsteuern zu erhalten. Welche Mittel würden nach der Senkung der Realsteuern überhaupt noch für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen? Auch sei eine Angabe über die Höhe des Ausgleichs-fonds für notleidende Gemeinden notwendig. Auch die Gemeinden, die vorsichtig gewirtschaftet haben, sind durch die wirtschaftliche Entwicklung in Notlage geraten. Wie will hier das Reich helfen?

Abg. Erling (Ztr.) meint, alle Fragen, die angeschnitten worden seien, gingen in ihrer Beantwortung davon ab, ob wir am Tiefpunkt der Krise angelangt seien oder nicht. Aber das könne niemand voraussagen. Deswegen könnten die Vorschläge der Finanzen aber auch nicht geändert werden.

Bei der Einzelberatung des Haushaltes der allgemeinen Finanzverwaltung wurden von sozialdemokratischer und anderer Seite erhebliche Mängel bei der Entschädigungszahlung an Arbeiter und Angestellte der Tabakindustrie festgestellt, die infolge des neuen Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden sind. Abhilfe wurde verlangt und zugesichert.

Bei der Erledigung des Haushaltsgesetzes kam es zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung. Die Regierungsparteien hatten einen Ergänzungsparagrafen folgenden Inhalts eingebracht:

„Sofort im Laufe des Rechnungsjahres Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen im Reichshaushaltsplan zu erwarten sind, wird die Reichsregierung ermächtigt, Ausgaben des ordentlichen Haushalts bis zur Gesamthöhe der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen abzusetzen. Die hiernach verbleibenden Ausgabemittel treten für die Haushaltsführung und Rechnungslegung im Sinne der Reichshaushaltsordnung an die Stelle der im Reichshaushaltsplan vorgesehenen Ansätze; sie sind dem Reichstag, dem Reichsrat und dem Rechnungshof des Deutschen Reichs mitzuteilen.“

Die Abgg. Heinig (Soz.) und Herz (Soz.) widersprachen diesem Vorschlag, weil er eine Ermächtigung für die Regierung bedeute, in gesetzliche Haushaltsverpflichtungen des Reiches

einzugreifen. Man müsse vorher wissen, wo etwa im Reichshaushalt noch gestrichen werden solle.

Der Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, daß für ihn die Annahme der Paragrafen nicht entscheidend wichtig sei, er werde so oder so auf jeden Fall sparen. Aber besser sei es, die Entscheidung über den Antrag zu vertagen, bis der Reichstanzler mit den Parteien Fühlung genommen habe.

Doppelvorlage zur Osthilfe.

Reichsregierung gegen Reichsratsbeschlüsse.

Das Osthilfegesetz, das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und das Gesetz über die Abwicklung der Aufbringungs-umlage und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen sind nunmehr auch dem Reichstag vorgelegt worden.

In Abweichung von den Reichsratsbeschlüssen zum Osthilfegesetz wird hervorgehoben, daß sich die Regierung, obwohl sie die Rot-Schleswig-Holsteins und auch die Schwierigkeiten der Landwirtschaft in den Ostlich der Elbe gelegenen ostpreussischen Landesteilen nicht verkennt, mit einer Ausdehnung der Entschuldungsmaßnahmen auf diese Gebiete nicht einverstanden erklären könne, weil die verfügbaren Mittel dadurch allzu stark vermindert würden.

Hinsichtlich der Beschlüsse des Reichsrats zum Industriebankgesetz hat sich die Reichsregierung in dreifacher Hinsicht zu einer Doppelvorlage veranlaßt gesehen. Einmal wird die Zweckmäßigkeit der vom Reichsrat eingefügten Vorschrift bezweifelt, nach der die Bank für die Aufnahme ihrer Tätigkeit der Genehmigung der Reichsregierung und des Reichsrats bedarf. Ferner hält es die Regierung für unnötig und unzumutbar, die Ausgabe von Schuldverschreibungen der Bank außer von der Zustimmung der Reichsregierung auch noch von der des Reichsrats abhängig zu machen. Schließlich wird der Reichsratsbeschluss beanstandet, wonach die Reichsregierung fünf statt drei Mitglieder der Aufsichtsrats ernennen und die Zahl der von der aufbringungspflichtigen Wirtschaft zu benennenden Vertreter von 16 auf 18 erhöht werden soll. Die Erhöhung der Mitgliederzahl von 29 auf 33 sei durchaus unerwünscht.

Der große Frauenprozeß um § 218.

Proteste gegen rigorose Polizeiuntersuchung.

Stuttgart, 13. März. (Eigenbericht.)

Der Hauptausschuss des Württembergischen Landtags lehnte am Donnerstag den Antrag der Sozialdemokratie, bei polizeilichen Vernehmungen zu § 218 des Strafgesetzbuches weibliche Beamte zu verwenden und, falls solche nicht vorhanden, die notwendige Vorfrage zu treffen, mit 8 gegen 7 Stimmen ab. Für den Antrag stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei.

Der Antrag war gestellt worden, weil die polizeilichen Vernehmungen der Frauen und Mädchen, die in das Verfahren gegen die Ärzte Wolf und Satubowitz verwickelt sind, in zahlreichen Fällen zu Beschwerden darüber geführt haben, daß die Polizeibeamten der Schwere dieser Dienstausgaben und der auf ihnen ruhenden Verantwortung nicht gemessen seien. — Staatspräsident Böttger machte zu dem Antrag der Sozialdemokratie geltend, daß die Polizei bisher weibliche Beamte nur in der Fürsorgearbeit, nicht aber im eigentlichen Polizeidienst verwendet habe. Die Angelegenheit würde jedoch weiter geprüft werden. Vorläufig würden bei der Vernehmung jugendlicher weiblicher Personen in der Regel Jugendfürsorgelernen hinzugezogen.

Der vierte Verlust der Labourregierung.

Dartshorn, Macdonalds Freund und Stellvertreter gefordert.

London, 13. März. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterregierung hat einen neuen schweren Verlust zu beklagen. Vernon Hartshorn, der stellvertretende Ministerpräsident, der noch am Donnerstag im Unterhaus weilte, ist am Freitagmorgen in seiner Wälder Heimat einem Herzschlag erlegen. Hartshorn ist im Jahre 1872 geboren und hatte sich vom Bergarbeiter zu einem bedeutenden Wirtschaftler, Parlamentarier und Staatsmann emporgearbeitet. Er war einer der Baumeister der englischen Arbeiterbewegung, die in ihm einen großen Führer verlor.

1918 wählten ihn die Bergarbeiter ins Parlament, 1921 zum Präsidenten des Baller Bergarbeiterverbandes, den er zum stärksten und schlagkräftigsten Bollwerk der englischen Gewerkschaftsbewegung gestaltete. Die englischen Bergarbeiter verdanken dem Verstorbenen u. a. die Festsetzung des Mindestlohnes und die Abwehr vieler reaktionärer Anschläge. Im Parlament galt Hartshorn als großer Wirtschaftstexter und hervorragender Statistiker, der auch im Bürgertum große Hochachtung genoss, und ein enger Freund Macdonalds und Lloyd Georges gewesen ist. Im ersten Arbeiterkabinett war Hartshorn Postminister. Zahlreiche neue soziale Einrichtungen zeugen von dieser Ministerstätigkeit. 1930, als Minister Thomas ins Kolonialamt hinüberwechselte, übernahm Hartshorn das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und die Führung in den Fragen des Arbeitslosenproblems.

Mandat gehört den Wählern.

London, 13. März.

Düner Baldwin, der arbeiterteilliche Sohn des konventionellen Parteiführers, ist von seiner Parteiorganisation erjucht worden, seinen Sitz im Parlament niederzuliegen. Er hat sich der Mosley-Gruppe angeschlossen.

Partei spaltung in Australien.

Sidney, 13. März. (Eigenbericht.)

Der Generalsekretär der Arbeiterpartei hat sein Amt niedergelegt und ist zur Opposition übergegangen. Da dem australischen Parlament eine Vertrauensfrage vorliegt, ist es durch den Konflikt in der Arbeiterpartei zweifelhaft geworden, ob die Regierung die Mehrheit diesmal erlangen wird. Ihrer Niederlage würde die Parlamentsauflösung auf dem Fuße folgen.

Berkehr nach Berliner Muster.

260-Millionen-Gesellschaft in London.

London, 13. März. (Eigenbericht.)

Arbeitsminister Morrison unterbreitete dem Unterhaus am Freitag eines der großen Reformwerke der Arbeiterregierung: die Zentralisation und Verstaatlichung der gesamten Londoner Verkehrsmittel, die sich bis heute in Privat Händen befinden. Als Vorbild haben der Arbeiterregierung die Städte Wien und Berlin gedient. Auch die Umorganisation des Verkehrs soll nach dem Muster von Wien und Berlin erfolgen. Das Gesamtkapital der künftigen staatlichen Londoner Verkehrsgesellschaft ist im Geseh mit 13 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Seine zweite Lesung soll das Unterhaus noch vor Ostern vornehmen.

Das Geschäft mit der Abrüstung.

Acht Städte streifen um die Konferenz.

Genf, 13. März.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat einen Vertreter der Stadt Barcelona empfangen, der ihm das offizielle Einladungsschreiben der Stadtverwaltung zur Abhaltung der Abrüstungskonferenz überreichte. In dem Einladungsschreiben sichert die Stadtverwaltung Barcelona sämtlichen Beamten der Völkerbundssekretariats kostenfreie Unterbringung und Verpflegung in den Hotels zu und stellt ferner den Rationalpalast in Barcelona dem Völkerbundssekretariat für die Büroräume und die Druckerei zur Verfügung. Ferner werden kostenfrei die notwendigen Konferenzsäle für die Abhaltung der Konferenz angeboten. Des weiteren teilt die Stadtverwaltung in dem Schreiben mit, daß sie 7000 Hotelzimmer für die Teilnehmer der Konferenz zur Verfügung habe mit einem Höchstpreis von 16 Mark täglich einschließlich Verpflegung. Der Presse wird hierbei eine Ermäßigung von 20 Proz. gewährt. Ferner verpflichtet sich die Stadtverwaltung von Barcelona zur kostenfreien Beförderung der Konferenzteilnehmer auf sämtlichen städtischen Verkehrsmitteln. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat dem Vertreter von Barcelona mitgeteilt, daß er das Einladungsschreiben dem gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundesrates, dem englischen Außenminister Henderson in London persönlich vorlegen werde.

Zur Zeit bewerben sich acht europäische Städte um die Abrüstungskonferenz: Genf, Lausanne, Barcelona, Biarritz, Cannes, Nizza, Wien und Vichy.

Kommandanten besuchen sich.

Rom, 13. März. (Eigenbericht.)

Die französische Meldung, daß die englische und die französische Flotte sich nächstens im Hafen von Spezia zu einem Besuch der italienischen Flotte einfinden und so das Flottenabkommen feiern werden, ist hier zum zweitenmal entschieden demontiert worden. In Aussicht genommen sei lediglich ein Besuch des neuen Kommandanten der englischen Mittelmeerflotte. Dieser Besuch sei schon vor Monaten verabredet gewesen und bedeute nichts anderes als den üblichen Höflichkeitstausch eines neuernannten Kommandanten gegenüber dem italienischen Mittelmeerkommandanten.

Sowjetschiff „Mag Hölz“.

Moskau, 13. März.

Auf der Leningrader Werft sind die ersten zwei russischen Motor-schiffe fertiggestellt worden. Die beiden Schiffe, die je 5000 Tonnen groß sind, werden in den Dienst Leningrad-Odesa eingesetzt. Die Schiffe werden die Namen „Mag Hölz“ und „Bela Run“ erhalten.

Hakenkreuz-Kaufmann muß vor Gericht

Vergebliche Ablehnungsversuche.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Gauleiter in Hamburg, Kaufmann, verliert die gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen des Ehrenwortbruchs, des Ordensschwunds und der schweren Urkundenfälschung abzuwehren. Er hat dem Herausgeber der antisozialistischen

In Thüringen.



Der Volksparteiler: „Fein hab ich den Jungen austaffiert!“

„Au weh!“

Immer weiter vorwärts!

Der Aufklärungsfeldzug der Partei.

Die Sozialdemokratie sorgt mit ihrem Aufklärungsfeldzug dafür, daß die Volkstrüger vom Hakenkreuz vor aller Öffentlichkeit in ihrer wahren Gestalt gezeigt werden. Auch in der ersten Märzwoche war in den Parteibezirken überall eine erfreuliche Aktivität festzustellen.

Brandenburg-Grenzmark berichtet von 81 öffentlichen Veranstaltungen. Überall sehr guter Besuch und ausgezeichnete Stimmung. Der Ortsverein Hammer, Kreis Niederbarnim, konnte seine Mitgliederzahl von 11 auf 42 steigern.

Am Oberrhein große Kundgebungen in Köln, Koblenz und Gummersbach mit insgesamt 10 000 Teilnehmern. Auch in kleineren Orten gut besuchte Versammlungen.

Hannover hat in den letzten zwei Wochen 133 öffentliche Versammlungen durchgeführt. Allein 13 Ortsvereine haben seit Herausgabe der Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?“ 734 Mitglieder gewonnen.

Brandenburg hat 6 neue Ortsgruppen mit 90 Mitgliedern gründen können. 708 Wahlveranstaltungen wurden durchgeführt. Der Ortsverein Braunschweig hat 215 neue Mitglieder gewonnen.

Ostliches Westfalen meldet 13 öffentliche Versammlungen. Hessen-Rassau 45 öffentliche Veranstaltungen und 404 Neuaufnahmen seit 1. Februar 1931. Hessen-Offenbach 22 öffentliche Versammlungen mit 3000 Besuchern, Hessen-Rassel 49 Veranstaltungen mit 8000 Anwesenden, außerdem die Gründung drei neuer Ortsgruppen.

Der Bezirk Pfalz hat eine erfolgreiche Versammlungsaktion mit dem italienischen Parteifreund Mario Corfi durchgeführt. 24 Versammlungen mit weit über 20 000 Teilnehmern. An den 16 Bildungsvorlägen des Genossen Dörting beteiligten sich 3000 Hörer.

Baden berichtet über 33 öffentliche Versammlungen. Der Bezirk Franken hat außer einer großen Kundgebung in Nürnberg 48 öffentliche Veranstaltungen mit 5000 Personen abgehalten. Die Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?“ brachte der Partei in der 1. Märzwoche über 400 neue Mitglieder. In kleineren Orten haben einige Genossen 12 und 14 neue Mitglieder werden können.

In Schopfloch, einem Ort von 1900 Einwohnern, ist die Parteimitgliedschaft auf 280 angewachsen, so daß jetzt jeder vierte erwachsene Mitglied der Partei ist.

Bezirk Oberpfalz-Niederbayern berichtet über 65 gut besuchte Veranstaltungen und die Gründung neuer Ortsgruppen.

Pressekorrespondenz, Dr. Klotz, der diese Beschuldigungen verbreitet hat, als Büchner, Verleumder und Ehrabschneider bezeichnet. Dr. Klotz hat darauf den Ehren-Kaufmann wegen Verleumdung verklagt. Herr Kaufmann wird sich in der kommenden Verhandlung einem überwältigenden Beweismaterial gegenübersehen. Sein Ablehnungsversuch ist um so dümmere, als die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in einem parteiamtlichen Bericht des Untersuchungsausschusses der Nationalsozialistischen Partei als vollständig bewiesen bezeichnet worden sind.

Es wäre im übrigen interessant, zu erfahren, ob gegen Herrn Kaufmann bereits ein Ermittlungsverfahren wegen Urkundenfälschung schwebt?

Ein stürmischer Prozeß.

Ein Hakenkreuzanwalt fordert zum Waffenraufhandel auf.

Kassel, 13. März. (Eigenbericht.)

In Kassel wird augenblicklich ein Landfriedensbruchprozeß gegen rund 100 Kommunisten verhandelt. Mehrere Nationalsozialisten treten als Nebenkläger auf. Heute kam es in diesem Prozeß zu heftigen Tumulten. Der Nebenkläger hatte vor dem Sitzungszimmer davon gesprochen, daß das Gericht Ausnahmen mache, wenn das „organisierte Verbrechen“ angeklagt wäre. Mit diesen Ausnahmen meinte er, daß das Gericht für die 97 Angeklagten Essens- und Frühstückspausen einlege, in denen die „rote Hilfe“ für die notwendige Verpflegung sorgt. Das Gericht wies den Ausdruck des Naziverleumders mit aller Schärfe zurück.

Gegen Schluß der Sitzung hatten sich vor dem Gerichtsgebäude etwa 50 Nationalsozialisten eingefunden, die mit den dort wartenden Kommunisten zusammenstießen. Der Vertreter der Nebenkläger forderte deshalb Unterbrechung der Verhandlung, da auf der Straße

Auch die Watertant steht nicht zurück. Schleswig-Holstein meldet 32 öffentliche Versammlungen. Der Besuch war überall gut und die Stimmung glänzend. In Altona und Kiel sprach Pietro Renni vor Tausenden. Mecklenburg-Vorpommern hat 31 öffentliche Versammlungen mit einer Besucherzahl von 5800 zu verzeichnen. In Pommern haben 8 öffentliche Veranstaltungen stattgefunden, die von über 1400 Personen besucht waren.

In Ostpreußen werden besonders erfreuliche Erfolge von Lande gemeldet. Seit dem 1. Januar konnten 21 neue Ortsgruppen gebildet werden. Dieser Erfolg der ostpreussischen Sozialdemokratie ist besonders hoch anzurechnen!

Auch in Mitteldeutschland ist die Partei auf dem Vormarsch. Der Bezirk Halle hat in zwei Monaten 292 Versammlungen mit 33 653 Besuchern durchgeführt. Magdeburg meldet für die erste Märzwoche 42 Veranstaltungen mit 9080 Besuchern. Auch im Reichs-Rheinland sind unsere Freunde unermüdetlich am Werke. Thüringen kann von 37 Versammlungen und 12 Filmveranstaltungen berichten, die fast alle überfüllt waren.

Auch in Sachsen befindet sich die Parteiorganisation auf der ganzen Linie im Angriff. Ostsachsen berichtet über 26 Versammlungen mit 6850 Besuchern. Auch in kleineren Orten waren die Versammlungen gut besucht. In Obergurgitz besuchten etwa 500 Personen die sozialdemokratische Versammlung, während die Nazis am gleichen Tage nur 50 Besucher aufzuweisen hatten. Zwickau hat 34 Veranstaltungen durchgeführt, die alle sehr stark besucht waren. Leipzig meldet 30 Veranstaltungen mit 7700 Besuchern.

Unermüdet sind auch unsere schlesischen Freunde. Im Bezirk Görtlich wurden 34 öffentliche Versammlungen mit 3728 Anwesenden abgehalten. Oberschlesien hat im Februar 298 Veranstaltungen durchgeführt. In der gleichen Zeit konnten 152 Neuaufnahmen erzielt werden. Der Bezirk Niederschlesien hat in der Berichtswache 115 Versammlungen mit 21 322 Besuchern durchgeführt. Überall waren die Kundgebungen vom prächtigen Kampfeifer getragen.

Aus allen Bezirken ergibt sich ein einheitliches Bild: Die Sozialdemokratie marschiert! Noch ist der Gegner nicht geschlagen. Aber er ist längst in die Verteidigung gedrängt. Wir wollen werben, wir wollen wecken, und immer wieder wollen wir daran erinnern: Wo bleibt der zweite Mann?

„Friedliche Bürger“ totgeschlagen würden und die Polizei sich außerstande erklärt hätte, sie zu schützen. Als der Verteidiger diese Angaben als Theater bezeichnet, forderte der Nebenkläger die im Saal befindlichen nationalsozialistischen Zeugen auf, mit ihm geschlossen den Raum zu verlassen und den Kameraden auf der Straße zu Hilfe zu eilen. Jetzt kam es zu einem unbeschreiblichen Tumult im Gerichtssaal und nur der Einwirkung der Verteidigung der Angeklagten war es zu verdanken, daß es im Gerichtssaal nicht ebenfalls zu Zusammenstößen kam.

Der Zwischenfall ist von den Nationalsozialisten von langer Hand vorbereitet worden. Die Angaben ihres Anwalts, daß mehrere Nationalsozialisten vor dem Gerichtsgebäude schwerverletzt, einige sogar in die Fulda geworfen wurden, sind un wahr.

Obstruktion in Danzig.

Gefeh gegen Mißbrauch der namentlichen Abstimmung.

Danzig, 13. März.

Die Sitzung des Volkstages dauerte zwölf Stunden bis Freitag früh 3.30 Uhr. Infolge der kommunistischen Obstruktion mußten zum Haushalt über hundert namentliche Abstimmungen vorgenommen werden. Gegen Mitternacht waren bei einem Wändebungsantrag plötzlich nur 35 Stimmenten (statt 37 der Regierungsmehrheit) abgegeben worden. Der Präsident berief eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später ein. Inzwischen wurde festgestellt, daß zwei von Zentrumsabgeordneten abgegebene Stimmenten verschwunden waren. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen einem Deutschnationalen und einem Kommunisten, der seinem Gegner ein Glas Wasser ins Gesicht schüttelte. Ein Handgemenge wurde im letzten Augenblick vermieden. Um nicht bei der dritten Lesung wieder Hunderte von namentlichen Abstimmungen zu erleben, haben die Regierungsparteien eine Änderung der Geschäftsordnung beantragt.

Kampf der Arbeitslosigkeit!

Der Staat muß eingreifen.

Dr. Berger-Bochum vom Verband der Bergbauindustriearbeiter, unterbreitet uns einen Vorschlag zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Er verlangt einen „Beimischungszwang von Arbeitslosen“. Dr. Berger erinnert zunächst an die Demobilisierungsbefristungen nach dem Kriege und schlägt eine „Notbeschäftigungspflicht“ vor. Er geht von der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit des Jahres 1929 aus:

1929 waren rund 19 Mill. Arbeitnehmer beschäftigt, davon etwa 14,5 Millionen in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich 1929 durchschnittlich auf 1,9 Millionen. So groß dürfte vielleicht auch der Kern der heutigen Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der ziemlich starken Fluktuation zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen veranschlagt werden — zehn Prozent der 1929 Beschäftigten.

Skizze der Notbeschäftigungspflicht.

Die Notbeschäftigungspflicht ist eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung der Arbeitgeber zur Erfüllung eines Notbeschäftigungsfalles in Höhe von zehn Prozent der in Industrie, Handwerk, Handels- und Verkehrsbetrieben 1929 durchschnittlich beschäftigt gewesenen Arbeitnehmer. Das Notbeschäftigungsfall wird allen Betrieben der genannten Wirtschaftszweige, die 1929 zehn und mehr Arbeitnehmer beschäftigt hatten, auferlegt. Für seitdem stillgelegte Betriebe, deren Produktions- oder Verkaufsquote auf andere Betriebe übertragen worden ist, trifft die Notbeschäftigungspflicht der Quotenvererber. Dem zuständigen Arbeitsamt muß bis zu einem bestimmten Stichtag (1. April 1931) bis zu dem der Arbeitgeber das freie Auswahlrecht bezieht, die geforderte Neueinstellung gemeldet werden. Von dann ab weisen die Arbeitsämter Arbeitslose zu, deren Einstellung in die Arbeitnehmerschaft des Betriebes nicht verweigert werden darf. Koteinstellungen dürfen nicht vor Ablauf einer Sperrfrist wieder entlassen werden.

Belegschaftsverminderungen

(Stamm plus Koteinstellte) dürfen, der Anregung der preussischen Regierung folgend, solange nicht vorgenommen werden, als bei einer Verminderung der Arbeitszeit noch mindestens für 40 Wochenstunden oder 5 Tageslohnstunden Beschäftigung gefunden werden kann. Diese Verpflichtung ist der Unternehmung (Konzern), nicht den Einzelbetrieben aufzuerlegen, um Fälle wie Meiderich auszuweichen. Belegschaftsverminderungen gleichzeitigen sind Betriebsstilllegungen und Betriebs einschränkungen unter 36 Stunden wöchentlich.

Damit zu verbinden ist der Gütermannsche Vorschlag.

Ueberstunden mit einem hohen Aufschlag zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung zu belohnen.

Dazu hat Gütermann kürzlich vorgeschlagen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nach der Zahl der Wochenarbeitsstunden ab-

zustaffeln. Beide Gedanken sind verwertbar, etwa so: Erheben eines Beitrages von 100 Proz. des Lohnes von sämtlichen Betrieben aller Wirtschaftszweige für jede Arbeitsstunde über 44 Stunden in der Woche; Betriebe, die das Notbeschäftigungsfall erfüllt haben, unterliegen diesem Zuschlag erst für alle Arbeitsstunden über 48 Stunden in der Woche. Die allgemeine Senkung der Erwerbslosenbeiträge erfolgt entsprechend der Entlastung der Versicherung.

Die Verwirklichung des Notbeschäftigungsfalles ist durch Straf- und Zwangsmassnahmen zu sichern. Für jede schuldhaft nicht besetzte Arbeitsstelle ist eine Buße zu bezahlen. Die verwaltungsmäßige Durchführung liegt bei den Demobilisierungskommissionen und den Arbeitsämtern. Nach dem Modell der Verordnung über Preisbindungen für Markenwaren sind Kartellabreden für nichtig zu erklären.

wenn das Notbeschäftigungsfall der Kartellteilnehmer nicht erfüllt ist. Soweit die Kreditgeberung der deutschen Wirtschaft öffentlich beeinflusst werden kann, ist der Wiederstellungskoeffizient als ein wesentlich mitbestimmendes Merkmal zu bezeichnen. Das gleiche gilt für öffentliche Aufträge, für Steuerleistungen und dergleichen. Alle zur Ausstellung und Veröffentlichung einer Geschäftsbilanz verpflichteten Unternehmen haben gleichzeitig eine Beschäftigungsbilanz zu veröffentlichen.

Bei der Ueberführung unseres Wirtschaftslebens vom Krieg in den Friedenszustand mußten etwa 6 Millionen Menschen in wenigen Wochen demobilisiert, d. h. aus dem militärischen Beruf heraus in einen zivilen Übergeschiebt werden.

Die heutige Aufgabe ist eine ähnlliche.

ihre Lösung erfordert daher ähnliche Massnahmen. Was die Privatwirtschaft aus eigenem Organisationsvermögen nicht zustande bringt, muß im volkswirtschaftlichen Interesse vom Staat erzwungen werden. Dazu muß man sich vor dem Chaos entschließen.

Ohne uns den Vorschlag Dr. Bergrers vollständig zu eigen zu machen, möchten wir doch hervorheben, daß in ihm Anregungen enthalten sind, die bei dem unvermeidlichen Eingreifen des Staates zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit sehr wohl verwertet werden können. Man braucht nicht von einem zeitlich bestimmten Beschäftigungsgrad auszugehen, um Erleichterungen zu schaffen für die Betriebe, die ihre Arbeitszeit dem Beschäftigungsgrad ihrer Industrie anpassen, dagegen Erleichterungen und Befreiungen für die Betriebe, die schematisch eine Arbeitszeit aufrechterhalten, die angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit nicht zu rechtfertigen ist. Besondere Vergünstigungen könnten auch bei Einstellung von älteren Arbeitern und Angestellten gewährt werden.

Reichsbahn ist ein Musterbetrieb.

Aber nur für Sozialreaktionäre.

Die Lohnabbauzusammensetzungen, die die Reichsbahnverwaltung an das Personal stellt, sind ein starkes Stück. Durch Arbeitszeitverkürzung und Feiertagslohn ohne Lohnausgleich ist einer großen Anzahl von Arbeitern bisher das Einkommen bereits bis zu 21 Proz. gekürzt worden. Darüber hinaus verlangt die Reichsbahnverwaltung noch einen Abbau des Lohnes bis zu 13 Proz. Dabei handelt es sich vielfach um Arbeiter, die bisher nur einen Stundenlohn von 54 bis 60 Pfennigen hatten. Daß unter solchen Umständen der Einheitsverband und ebenso die übrigen Tariforganisationen jeglichen Lohnabbau ablehnen mußten, versteht sich von selbst; denn wenn die Forderungen der Reichsbahnverwaltung verwirklicht würden, dann würden unzählige Eisenbahnarbeiter reich fürs Armenhaus.

Wie sind gespannt darauf, ob sich ein Schlichter findet, der den Mut hat, den bereits hungernden Eisenbahnarbeitern nach dem Willen der Hauptverwaltung das Brot förmlich vom Munde wegzureißen. Schon in der kommenden Woche muß sich zeigen, ob hinter den Worten des Reichsarbeitsministers, wonach er von einer Kürzung der Reallohn nichts wissen will, auch ein Wille steht. Der Lohnabbau soll — das wird man wohl auch im Reichsarbeitsministerium begreifen — hat sich sehr böse entwickelt. Irgendwann und irgendwo muß jetzt ein Punkt gemacht werden.

Zweckloses Schlichtungsverfahren.

In der Holzindustrie.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, die vor einigen Tagen zum Abschluß eines neuen Lohn- und Manteltarifvertrages für die Berliner Holzindustrie geführt wurden, waren infolge des Festhaltens der Unternehmer an ihren ungeheuerlichen Forderungen ergebnislos verlaufen. Am Donnerstag trat nunmehr die Kammer des Schlichtungsausschusses zusammen, um in diesem Lohn- und Tarifstreit eine Entscheidung zu fällen. Da aber, wie vorauszu sehen war, auch in der Schlichtungskammer eine Ueberbrückung der Gegensätze zwischen den beiden Parteien nicht zu erzielen war, blieben die Beratungen der Schlichtungskammer ergebnislos. Man will nächste Woche Donnerstag nochmals einen Versuch machen, der aber bei der Haltung der Unternehmer ebenso ergebnislos bleiben wird.

Gegen den Faschismus.

Kundgebung des AOB.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hatte im Anschluß an seine Bundesausschüttung gestern zu einer Kundgebung gegen den Faschismus eingeladen. Ueber „Die Gefahren der faschistischen Durchsetzung der Beamtenschaft“ sprach der Bundesvorsitzende in Falkenberg, der die geistige Grundlage des Faschismus in rassistischer Weise beleuchtete und den fahigen Patriotismus der Nationalsozialisten kennzeichnete.

Sowohl aus dem Programm der Nationalsozialistischen Partei, als auch aus dem Organisationsplan der faschistischen Betriebszellenorganisation geht mit aller Klarheit hervor, daß die Hitlerpartei die größten Anstrengungen mache, um die Beamten auf dem Wege der Zellenbildung zu sich herüberzuführen. Bei der augenblicklichen Wirtschaftslage Deutschlands sind die Gefahren faschistischer Zellenbildung natürlich größer als in normalen Zeiten. Nur so sei es zu erklären, daß bei den Wahlen breite Schichten der

Beamten den Nationalsozialisten ins Garn gegangen seien. Der von den Nationalsozialisten bestimmte politische Kurs sei geeignet, den Beamten die Augen darüber zu öffnen, daß ganz besonders für sie das Dritte Reich eine Vernichtung aller seit der Staatsumwälzung gewonnenen reichsrechtlichen Einrichtungen bedeute. Das gesamte Volk habe das größte Interesse an einer freiheitlich denkenden Beamtenschaft und an einem auf fortschrittlichem Boden arbeitenden Beamtentkörper. Die Beamtensorganisationen hätten daher die Pflicht, alle nationalsozialistischen Versuche, die Beamtenschaft vor ihren Parteimengen zu spalten, im Wege des Gegenangriffs abzuwehren.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion, in der im wesentlichen an Vorkommnissen aus der Beamtenspraxis die Ausführungen des Redners bestätigt wurden.

Vormarsch bei den Betriebsrätewahlen.

Die RGD macht schlechte Geschäfte.

Aus einer Zusammenstellung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die bisherigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen geht hervor, daß da, wo ein Wahlkampf stattfindet — und das ist nur bei einer kleinen Minderheit der Fall, da sonst die freigewerkschaftliche Liste ohne Gegenliste als gewährt gilt — im allgemeinen die freien Gewerkschaften im Vergleich zum Vorjahr den prozentualen Anteil ihrer Stimmen erhöht haben, während die RGD zurückging, teilweise einen katastrophalen Zusammenbruch erlitt. Ein Teil dieser Stimmen ist von den Nationalsozialisten aufgefangen worden, die diesmal zum erstenmal mit einer eigenen Liste auftraten. Eine sehr beachtliche Erscheinung. Hier einige interessante Ergebnisse:

Bei Blohm u. Böh in Hamburg:		1931		1930	
	Stimmen	Wandte	Stimmen	Wandte	
Freie Gewerkschaften	1593	8	3046	9	
Christen	94	—	427	1	
RGD	1332	6	3432	11	
Nazi	258	1	—	—	

Hier ist die Mehrheit von der RGD, auf die freien Gewerkschaften übergegangen.

Die Carlswerk A.-G. in Köln wurde in zwei selbständige Aktiengesellschaften umgewandelt. Vergleicht man das Ergebnis in beiden Betrieben mit dem Gesamtergebnis des Vorjahres, dann zeigt sich dieselbe Linie: Freie Gewerkschaften 1930 43 Prozent und 9 Sitze, 1931 45,5 Prozent und 12 Sitze. Christliche Gewerkschaften 1930 22,5 Prozent und 4 Sitze, 1931 22 Prozent und 6 Sitze. RGD, 1930 34,5 Prozent und 7 Sitze, 1931 32,5 Prozent und 8 Sitze.

Hier hat sich die RGD, verhältnismäßig noch gut gehalten, weil die Hitler-Konturrenz nicht selbständig auftrat.

Zurück zur Organisation!

Vom Einheitsverband der RGD, gründlich furirt.

Aus Verärgerung über Dinge, an denen die miltlichen Wirtschaftsverhältnisse schuld sind und nicht die Organisation, haben sich Metallarbeiter von den kommunistischen Phrasen verwirren lassen und sind aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgestiegen, um der RGD, nachzulassen. Schnell enttäuscht, sind sie vom kommunistischen „Einheitsverband“ zum Deutschen Metallarbeiterverband zurückgekommen. Ihrer Wiederaufnahme steht nichts im Wege, von der Wiedereinstellung in die alten Rechte jedoch kann zunächst keine Rede sein. Die Zurückgekehrten haben ihre Rechte freiwillig aufgegeben und müssen

sie sich wie jedes neuereitretende Mitglied erst wieder erwerben.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes betont, die Mitglieder seien zeitig und eindringlich genug gewarnt worden, den kommunistischen Spalttern auf den Leim zu gehen. Die Warnung sei leider nicht überall beherzigt worden. Die freiwillig verkehrten Mitglieder mühten, so hart das auch sei, nach den Bestimmungen des Statuts und der Verbandstagsbeschlüsse wieder regelrecht errungen werden.

„Kinderfreunde.“

Wofür eine Landwirtschaftskammer Propaganda macht.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein hat soeben ihren Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1929/1930 herausgebracht. In diesem Bericht heißt es wörtlich:

„Anlässlich einer Tagung des Deutschen Kinderschuhverbandes am 21. September 1929 in Berlin, die eine gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit zum Ziele hatte, wurde die Arbeit von Kindern auf dem Lande als außerordentlich schwer und zum Teil auch gesundheitschädigend hingestellt. Die Landwirtschaftskammer vertritt demgegenüber die Auffassung, daß eine gesetzliche Regelung der Kinderarbeit vor allen Dingen in elterlichen Betrieben gleichbedeutend ist mit einer Untergrabung der Autorität der Eltern den Kindern gegenüber. Gerade durch die Betätigung in der Landwirtschaft lernen die Kinder zeitig alle Handgriffe und gewinnen Interesse für die Landwirtschaft. Wird die Betätigung unterbunden, so würde die Landflucht ungemessen zunehmen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die unbedingte Notwendigkeit zur Erhaltung des eigenen Betriebes dazu zwingt, heute die Kinder mehr denn je zu landwirtschaftlichen Arbeiten heranzuziehen, zumal es im kleinen Betriebe schwer hält, passende Arbeitskräfte zu angemessenen Lohnbedingungen zu bekommen.“

Das schreibt eine Landwirtschaftskammer über die Kinderarbeit in der Landwirtschaft! Gegen die Kinderarbeit in der Landwirtschaft spricht schon die immer größer werdende Arbeitslosigkeit der erwachsenen Landarbeiter. Es gibt heute Tausende und aber Tausende, die selbst zur Zeit des stärksten Arbeitsangebots keine Beschäftigung finden können. Schleswig-Holstein macht dabei durchaus keine Ausnahme. Unter diesen Umständen für die Kinderarbeit Stimmung zu machen, bedeutet, im höchsten Maße unsozial zu handeln.

Aber wie soll man eine Landwirtschaftskammer beurteilen, die von einer „Untergrabung der Autorität der Eltern“ und von einer Förderung der Landflucht redet, wenn durch Gesetz die Ausbeutung der Kinder verhindert oder zum mindesten eingeschränkt wird. Derartige „Kinderfreunde“ gab es auch vor mehr als 100 Jahren, als die ersten Kinderschuhgesetze geschaffen wurden. An der Landwirtschaftskammer von Schleswig-Holstein sind die letzten 100 Jahre spurlos vorübergegangen.

Buchbinderverband in der Krise.

Widerstand gegen Lohnabbau. — Spalter an der Arbeit.

Das Krisenjahr 1930 hat auch die Drisoverwaltung Berlin des Buchbinderverbandes vor außerordentlich schwere Aufgaben gestellt. Etwa 3000 Mitglieder waren am Jahresfluß erwerbslos, wozu eine Anzahl Betriebsstilllegungen beigetragen haben. Die hohe Zahl der Arbeitslosen wirkte sich auch auf die Mitgliederbewegung und auf die Kassenverhältnisse ungünstig aus.

Im Geschäftsjahr 1931 ist der im vergangenen Jahre von den Unternehmern angekündigte Lohnabbau durchgeführt worden. Ueberall dort, wo die Unternehmer die überrationalen Löhne oder die Akkordlöhne abzubauen versuchten, konnten die Angriffe durch die Organisation abgewehrt werden. In der nächsten Zeit soll die Portefeulleurbranche mit der Buchbinderbranche vereinigt werden, um ein besseres Arbeiten zu ermöglichen.

Wiederholt mußte die Drisoverwaltung gegen den Versuch „rater“ Betriebsratslisten vorgehen. Einige Mitglieder, die sich offen zu der Absicht bekamen, zu gegebener Zeit einen sogenannten „rotten Buchbinderverband“ zu gründen, mußten im Interesse der Einheit des Verbandes ausgeschlossen werden.

Den gedruckt vorliegenden Jahresbericht ergänzte der Bevollmächtigte Imhoff in der stark besuchten Jahresgeneralversammlung am Donnerstag im Gewerkschaftshaus. Er gab ein anschauliches Bild von der regen Tätigkeit der Organisation auf allen gewerkschaftlichen Gebieten und appellierte an die Mitglieder, daran mitzuwirken, daß es im laufenden Geschäftsjahr wieder vorwärts gehe.

In der Aussprache suchte ein kommunistischer Redner stürmischer Heiterkeit der Versammlung glauben zu machen, daß es in Zukunft keine Krise und keine Arbeitslosigkeit gebe. Das beweise die in letzter Zeit erfolgte Weggabe von Arbeiten nach Deutschland. (1) Ein anderer kommunistischer Redner forderte die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen, worüber die Versammlung zur Tagesordnung überging.

Zum zweiten Bevollmächtigten wurde Priemer wiedergewählt und als zweiter Kassierer Beyer.

Für die hagerische Landwirtschaft wurde ein neuer Schiedspruch gefällt. Danach bleibt es, soweit die Landarbeiter in Frage kommen, im Lohn und in der Arbeitszeit bei der alten Regelung. Die Löhne der Dienstboten werden um 10 Proz. gekürzt. Diese neue Entscheidung des Schlichters ist endgültig, da die Parteien sich verpflichtet hatten, einem neuen Schiedspruch sich zu unterwerfen. Der alte Schiedspruch sah sowohl für die Landarbeiter wie für die Dienstboten Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit vor. Infolgedessen war er vom Deutschen Landarbeiterverband abgelehnt worden, während die Arbeitgeber Verbindlichkeit boanträgt hatten.

Freie Gewerkschafts-Zuwend Berlin

Deute, Trellan, 195 Mr. saen folgende Gruppen: Redelings: Juchendheim Schule Connenburger Str. 21. Rurertant. — Gewerkschafts-Gruppe: Sandbergt. 11. Ost. Hebrschtr. 9. von part. Kuherr Monatsklub. — Charlottenburg: Juchendheim Str. 20. Berliner Volksw. — Zepplinplatz: Juchendheim Turiner Str. 20. (Einwohn Turiner Straße). — Portran: Nationalsozialismus und Gewerkschaften. — Alsterhof: Gruppen beim Alsterhof, Alsterstr. 1. Auzerstr. — Heindenberg: Juchendheim Einbauer Straße. Alsterhof: Alster und etliche Alster.

Verantwortlich für Text: Dr. Kurt Gauer; Wirtschaft: G. Alsterhof; Gewerkschaftsorganisation: J. Gauer; Freiwirtschaft: Dr. John Schifano; Politik und Finanzen: Felix Kautzsch; Anzeigen: Th. Glöckler; Journal in Berlin: Verlag: Conradius-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Conradius-Berlin und Verlagshaus Paul Singer u. Co. Berlin SW 68. Lindenstraße 2. Nr. 2. Vellagen.

Gegen Rote der Hände und des Gesichts sowie unedle Hautfarbe, insbesondere aber bei dem so lästigen Juckreiz der Haut, verwendet man am besten die hübsch-weiße Creme Ledor „Seifert“ (rote Packung), „Seifert“ (blaue Packung), gleichzeitig auch als vorzügliche Fuderunterlage. Für Herren genügt eine Mengel der Creme Ledor „Seifert“ auf die Haut geschoben zur Erhöhung der Schweißdrüsen der Hautfarbe. Tube 60 Pf. und 1 Mark, wirksam unterstützt durch Ledor-Deo-Öl, Glas 60 Pf. in allen Chloroform-Verkaufsstellen zu haben.

Riesenküche am Funkturm

Heute Eröffnung der Gastwirtsmesse und Kochkunstausstellung

In den Ausstellungshallen am Kaiserdamm findet heute die Eröffnung der 9. Reichsgastwirts-messe und der Kochkunstausstellung statt.

Diese alljährlich wiederkehrende Leistungsschau der gastronomischen Industrie bringt wieder zahlreiche interessante Neuerungen. Sie erhält durch die Angliederung der großen Kochkunstausstellung eine wertvolle Ergänzung als „Riesenküche“. Gestern waren noch Tausende von Arbeitern dabei, den Ständen den letzten Schliff zu geben. Neben dem rein Fachlichen gibt es auch für den Laien viele interessante Dinge zu sehen. So präsentiert sich dem Besucher ein Modell der Umgebung des Pariser Platzes mit dem Brandenburger Tor und der Charlottenburger Chaussee bis zum Funkturm hin, zusammengestellt aus — Backware.

Der Leiter des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrs-amtes der Stadt Berlin, Dr. Schick, konnte in einer kurzen Begrüßungsansprache feststellen, daß durch den erfolgreichen Abschluß der beiden ersten Veranstaltungen des großen Berliner Ausstellungs-jahres 1931, der „Grünen Woche“ und der „Internationalen Automobilausstellung“, der volkswirtschaftliche Wert des Berliner Fachausstellungswesens auch für Zeiten schwerster wirtschaftlicher Depression vor aller Welt erneut bewiesen wurde. Die 9. Reichsgastwirts-messe und Kochkunstausstellung Berlin 1931 als dritte große Schau im Berliner Ausstellungsprogramm dieses Jahres stütze sich auf einen mit rund 250 000 Gaststätten volkswirtschaftlich äußerst bedeutsamen Gewerbebezirk, der rund 3/4 Millionen Menschen direkt und indirekt ernähre. An die Ansprache schloß sich eine Führung

durch die Ausstellungshallen an, der u. a. auch Stadtrat Czerninsky als verantwortlicher Dezernent für das Messewesen der Stadt Berlin beimohnte. Die Ausstellung ist ab heute bis einschließlich Donnerstag, den 19. März, täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet.

Die Halle 1, die größte des Ausstellungsgeländes, ist der großen industriellen Leistungsschau des gastronomischen Gewerbes gewidmet. Circa 500 Aussteller geben hier eine geschlossene Uebersicht über das gastronomische Gewerbe. Die Metallwaren- und Maschinenindustrie bringt eine ganze Reihe Neuerungen, die einer Verbilligung und Verbesserung der Wirtschaftsführung dienen sollen. Die Kochkunstausstellung in der Halle 3 zeigt neben Spitzenleistungen internationaler Kochkunst auch die Qualitätsküche des einfachen Mannes in mannigfachen Variationen. Der Zweig-verband der Bäckermeister hat eine Kollektionschau „Unser täglich Brot“ aufgebaut. Auf dem Stand der Fleischerkunstschule sind plastische Arbeiten aus den Fertigkeiten zu sehen, die man ohne künstliche Formung im allgemeinen noch höher schätzt.

In der großen Funkhalle hat man rund 250 Gastsch- und Backherde der Städtischen Gasgesellschaft aufgestellt. Sie stehen in Reih und Glied herab an Herd, jeder einzelne mit einem eigenen Gasmesser ausgerüstet. Hier soll das große Preis-wett-kochen als besondere Sensation der Messe stattfinden. Nicht nur die Hausfrauen, sondern auch die Junggeheulen sollen um die Werte kochen. In einem besonderen Tage werden sich Prominente der Bühne und des Films in dieser Riesenküche am Kaiserdamm ein Stellbüßchen geben, um für das liebe Publikum nicht zu spielen, sondern zu kochen!

eine Strafe höher bestimmen, als dies durch die übliche Sühne erforderlich ist. Das Gefängnis ist keine Erziehungs-anstalt. Die Strafe soll abschrecken und sichern. Es ist problematisch, ob lange Strafen besser wirken. Das Gericht konnte sich deshalb nicht entschließen, aus Erziehungsgründen eine außer-gewöhnlich hohe Strafe auszusprechen.

Welche Instanz hat nun das Richtige getroffen? Kriminal-politisch wird man der ersten Instanz zustimmen. Die Strafe soll erziehen. Recht hatte vielleicht die zweite Instanz mit der Behauptung, daß das Gefängnis, wie es heute noch ist, auf Menschen wie den Angeklagten nicht besser wirken kann. Die Mutter ist bereit, den jungen Menschen aufzunehmen, das Jugendamt will Unter-stützung gewähren; vielleicht findet der seltsame Abenteurer auch außerhalb des Gefängnisses die feste Hand, deren er bedarf, und liefert dafür den Beweis, daß die Behauptung der Urteilsbegründung, er sei auf dem besten Wege, ein großer Verbrecher zu werden, ein Trugschluß war.

Beginn der 6 Tage

14 Mannschaften am Start der Jubiläumsfahrt!

Bevor gestern abend, pünktlich 10 Uhr, im Sportpalast die Weltmeisterin im Eislauf, Sonja Henie, das Sechstagesfeld mit dem Startschuß auf die Jubiläumstour schickte, kamen an der 14-Stunden-Fahrt nicht beteiligte Berufsfahrer auf die Bahn. Die Norweidbewerber, die sie erledigten und die aus einem Mal-fahren und aus einem 100-Runden-Punktfahren bestanden, wurden von Gilgen und Schent gewonnen.

Dann ging es zum offiziellen Teil über, der mit einer Ehrung aller Sechstagesläufer eröffnet wurde. Otto Pawke, Karl Kadel, Fritz Hoffmann, Willi Lechner, Willi Ladewald, Artur Stelbrink, Willi Arndt und Walter Kütt, die im ersten Berliner Sechstages-rennen im Jahre 1900 im Zoo waren, absolvierten ihre Ehren-runde, von der Radsporgemeinde jubelnd begrüßt.

Der Zeiger der Uhr rückt auf 10 Uhr. Das Haus ist gut besetzt. Die Teilnehmer bestreiten die übliche Vorstellungsrunde, während die Leute mit den Filmapparaturen in Stellung rücken. Dann endlich darf Sonja, nachdem das Feld einige tote Runden zurück-gelegt hat, den Startschuß abgeben: Die Jubiläumstour hat be-gonnen!

Die tägliche Schlägerei.

Nazis - Kommunisten, drei Schußverletzte.

Im Restaurant „Vittoriogarten“ an der Wilhelm-s-oue in Wilmersdorf hielten die Haltenkreuzler gestern eine Versammlung ab, zu der sich anscheinend auch zahlreiche Kommunisten Zutritt verschafft hatten. Es kam mehrmals zu Tumulten, die später auf der Straße ihre Fortsetzung fanden. Im Verlaufe der Schlägereien, die sich sämtlich in nächster Nähe des „Vittoriogarten“ abspielten, wurden von den Gegnern wieder in reichem Maße von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Drei Personen, deren politische Zugehörigkeit noch nicht feststeht, wurden mit Schuß-verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei nahm eine Reihe von Festnahmen vor.

Freitod einer Berliner in auf Capri.

Mailand, 13. März.

Die Berlinerin Klara Eich-Kreud, die sich seit einigen Monaten in Capri zur Erholung aufhält, übergoß in einem Anfall von Wahnsinn ihre Kleider mit Benzin und zündete sie an. Sie wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus eingeliefert, wo sie ihren Verletzungen erliegen ist.

Gefängnis keine Erziehungsanstalt?

Zwei Urteile — zwei Auffassungen

Ein unbestrafter Zwanzigjähriger ist wegen schweren Diebstahls von zwei Instanzen verurteilt worden; von der ersten zu einjähriger Gefängnis, von der zweiten zu neun Monaten. Wohl fehlen hier zwei Urteile über einen Menschen mit so verschiedenen Begründungen in die Welt hinausgegangen.

Am 21. Juli vorigen Jahres stellte der Inhaber der Kafadubar bei völlig unbefugtem Zutritt und Schließen des Bereichs von 3000 R. aus seinem Safe fest. Der Verdacht fiel auf den zwanzigjährigen Barmixer D.: er war nicht mehr zur Arbeit erschienen. Ende Oktober stellte sich D. der Polizei, erzählte von einer Fahrt im Klepperboot von Hamburg nach Le Havre, von dort nach Paris, von abenteuerlichen Verfahrten durch Deutschland und der-gleichen mehr. In der Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Charlottenburg am 19. Dezember vorigen Jahres ließ er das Abenteuerlügengebäude fallen. Was blieb, war doch noch abenteuerlich genug. D., Sohn eines Grundbesizers und einer Offiziers-tochter, von Hause aus schwer befaßt, besuchte das Gymnasium, konnte wegen mangelnder Mittel nicht weiterstudieren, lernte Maschinen-schlosser und beging, 16jährig, aus Liebe zu einem Mädchen einen Selbstmordversuch mit Gas. Nach der mißglückten Flucht aus dem Leben glaubte er nicht zu Hause bleiben zu können, er ging auf ein Schiff als Steward, machte eine Reise nach Australien und wurde nach seiner Rückkehr zuerst Vage, dann Barmixer in der Kafadubar. Ein intelligenter Burche, fühlte er sich vor andere Auf-gaben im Leben gestellt, als in einer Bar zu mischen. Ergebnis solcher

Ueberlegungen war, daß er beschloß, den Inhaber der Kafadubar zu bestehlen. Er machte Abdrücke von den Schlüsseln zur Wein-ausgabe und von den zum Safe gehörigen Schlüsseln, steckte nach diesen Abdrücken alte Schlüssel zurecht und begab sich am 21. Juli gegen 4 Uhr morgens in die Bar, entnahm dem Safe 1000 R. und eine Kassetten mit 2000 R. und Schmuckstücken, wechselte auf dem Rückwege fünf Droschken und legte sich zu Bett, als wäre nichts geschehen. Am nächsten Tag ließ er sich auf die Liebesinsel im Tegeler See überfahren und lebte hier als Robinson bis Ende Oktober im Jelt. Auf einem selbstgezimmerten Floß gondeelte er zwischen Liebesinsel und dem Festland hin und her, besorgte sich die notwendigen Lebensmittel, kaufte für 400 R. Bücher, um zu studieren und empfing die Besuche seiner Braut. Als die 3000 R. alle waren, stellte er sich der Polizei. Die Urteilsbegründung der ersten Instanz besagte u. a.: Der Angeklagte befindet sich auf dem besten Wege, ein großer Verbrecher zu werden. Eine milde Beurteilung seiner Verirrungen sei im höchsten Grade ungeeignet. Er müsse merken, daß Verbrechen sich nicht lohnen. Die Strafe müsse wie ein Schuß in sein Leben hineinknallen. Er bedürfte einer festen Hand, Erziehung zur Arbeit in dem individuell gestaffelten Straf-vollzug. Deshalb sei weder Bewährungsfrist noch Anrechnung der Untersuchungs-haft am Plage.

Ganz anders das Urteil der zweiten Instanz. Es rechnete dem Angeklagten auf die Strafe von neun Monaten fünf Monate Untersuchungs-haft an und hob den Haftbefehl auf. Man kann nicht, hieß es in der Urteilsbegründung, aus Erziehungs-zwecken



Sie hält ihm ihre Hand hin. Das ist ihm peinlich; er hätte das gern vermieden; seine Hände sind immer so feucht und heiß von Schweiß und Fieber. Manchmal gibt er sich selbst die Hand, um sich zu zeigen, wie eitelhaft das ist. Und es beschämt nur, wenn andere sich das nicht merken lassen.

Vene, gottlob, Vene ist nicht so; sie ist gut Papendieckisch geradezu. „Ihre Hände sind so heiß, haben Sie Fieber?“ Er lächelt. Oh, es hat nichts zu sagen. Manchmal, ja; oft; eigentlich immer.

Ob der Aufenthalt hier seinen Zustand denn noch nicht gebessert habe? Dazu sei er doch hier — habe er ihr doch damals gesagt, als er den Hund brachte?

Damals . . . es freut ihn, daß sie sich jenes kurzen Zwie-gesprächs am See entsinnt; es wieder aufgreift; also fort-fetzen will gewissermaßen . . . es freut ihn; aber zu ant-worten ist schwer. Daß der Arzt in der Kreisstadt ihm längst auseinandergefetzt hat, gerade diese feuchte Gegend unten am See sei Gift für seine Lunge; daß er dennoch geblieben ist, eben dieser Vene wegen, die da vor ihm sitzt, die so blond ist, die eine so steile Stirne hat, nie, nie wird man diese Stelle hinaufklimmen können mit seinen nassen, abgleitenden Fieber-fingern, nie hineingreifen können in diese Wolke von Blond — also das kann man ihr natürlich nicht sagen. Anderes fällt ihm nicht ein. Er schweigt.

„Sie sollten mehr Pflege haben!“ Ja. Das sollte er. Und ob sie nicht Platz nehmen möchte. Sie sitzt schon. Aber sie hat vorher den Stuhl mit ihrem Kleidzipfel abgewischt. Das hat sie nicht lassen können. „Jung-gefallenwirtschaft!“ entschuldigt sie sich und ihn.

Und sie meint: Judenwirtschaft — denkt er. Sie weist auf zwei große Körbe mit Pfefferlingen. „Haben Sie die gesammelt?“

„Nein. Raschtes.“ „Ach so. Sie verkaufen sie bloß?“ „Ja wohl. Er verkauft sie bloß. Die ganze Sinnlosigkeit

seines Hierseins jagt ihm dies peitschende Wort „bloß“ durchs Hirn. Ein kleiner Handelsjude, das ist er geworden. Etwas, was seine Rasse längst überwunden hat. Etwas, das ihn scharf von ihr trennt — von ihr, um deretwillen er es wurde. Begreife das, wer kann . . .

„Ich möchte auch Pfefferlinge sammeln. Würden Sie auch meine mit verkaufen?“ Das ist Takt von ihr. Takt, der schmerzt. Und man muß ja sagen.

Run aber atmet sie tief. Das ist ein Ausholen. Run kommts:

„Es geht uns nämlich sehr schlecht, Herr Schmitzer. Bitter schlecht. Sie wissen ja, daß wir dies Jahr noch nichts ge-stochen haben. Mein Vater hielt das für richtiger.“

Herrlich, denkt er, herrlich, wie sie für ihren Vater ein-tritt. Und sagt: „Das Pfund Bilze wird mit fünfzig Pfennig verkauft. Manchmal mit sechzig. Wasches leben jetzt nur vom Bilzverkauf. Kornis auch.“ Warum kann er ihr nichts Besseres, Schöneres sagen? Er wird rot vor Aerger. Er kann nur in Zahlen lieb sein. Zehn Pfennig hat er zugelegt bei den Preisen; damit fällt sein Verdienst weg. Aber das kann sie natürlich nicht wissen. Soll sie auch nicht.

„Ja“, sagt Vene zum Fenster hinaus, „fürs tägliche Leben wird's ja wohl reichen. Meinem Vater werde ich sagen, daß wir nur für den Winter sammeln wollen, nur für den eigenen Gebrauch. Mein Vater ist darin so komisch, wissen Sie.“

Schmitzer denkt an die leeren Spargelkörbe. Nicht. Hebt auch abwehrend beide Hände. Eine Beste zu viel. Er fühlt es und ärgert sich wieder.

Vene blickt noch immer durch die blinden Scheiben. Alle Felder vom Stubbenland kann man von hier aus sehen. Sehen und vergleichen. Papendiecks grüne Spargelstauden sind nicht niedriger, nicht welker als die von Kornis und von Raschtes. Sie werden also nicht geringer tragen im nächsten Jahr. Aus dieser Ueberlegung holt sie sich Mut. Aus einer unklaren Sympathie, die sie für ihr verwahrlohtes Gegenüber fühlt, gleichfalls.

„Herr Schmitzer, Sie sind doch erfahren in — in Ge-schäften. Ich bitte Sie um einen großen Gefallen.“

„Bitte, Fräulein Papendieck.“ Und es verknitt eine Welt von Hoffen in diesem „Bitte“. Also sie will doch die Stunde vom See nicht fortsetzen. Sie will einen Handelsjuden in Anspruch nehmen. Bitte.

Sie spricht indes. Sehr vernünftig. Daß an einen Verkauf des Grundstücks natürlich nicht zu denken sei.

Weil sich kein Käufer fände, ergänzt er in Gedanken. Und ihm imponiert ihre gemachte Sicherheit.

Woer ob man nicht eine Hypothek aufnehmen könnte? Das Grundstück sei noch nicht belastet.

Run ist er dran. Er redet, redet. Hebt die Schultern, legt die Ellbogen in die Hüften, breitet die Hände. Sagt, daß es nicht möglich sei. Alles in einem Atem.

Sie glaubt verstanden zu haben. „Mein Vater würde natürlich die Provision für Sie so hoch wie möglich bemessen.“

Ein Hieb, der zurücktreibt, weit zurück . . . er pariert ihn; nimmt sich zusammen. Zu einer Entscheidung.

„Ich würde keine Provision berechnen, Fräulein Papen-dieck.“ Und als sie ihn erstaunt ansieht, und ihre Augen so blau sind, so stutend, überstutend blau: „Ihretwegen nicht . . .“

Und das ist das Ende. Er weiß es in dem Augenblick, da er's gesagt hat. Er möchte den Klang der Worte zurückholen aus dem Raum. Es geht nicht. Es ist zu spät. Er hat sich daneben benommen. Wie immer. Für immer.

Die blauen Augen werden ganz grau. Stählern grau. Wie wenn der See im Winter zufriert. Zufriert . . . ja. Alles aus.

„Ihrer Lage wegen nicht“, suchen seine Lippen zu bessern. „Die Situation ist nur vorübergehend so schlecht, Herr Schmitzer. Ich hatte mich wohl nicht klar ausgedrückt. Ich wäre Ihnen also dankbar, wenn Sie ihre Provision festsetzen würden.“

Wie hochmütig, wie lakvoll — und aus ist es. Er ver-neigt sich.

Sein Herz jagt:

Vene, meine Lunge tut weh. Jeden Tag wird sie kleiner. Ihretwegen. Vene, ich bin ein Schmierjude geworden. Ihretwegen. Vene, ich besorge die Hypothek; ich lege irgend je-manden hinein in Berlin; ich enttäusche irgendein Vertrauen; ihretwegen.

Sein Mund spricht:

„Also sagen wir: fünf Prozent?“

„Ich verstehe nichts davon, was da viel ist oder wenig. Aber ich glaube Ihnen, daß es so richtig ist.“

„Ja wohl. So ist es richtig. Alles ist richtig so. Wiedersehen. Wiedersehen. Türkreischen. Kein Händedruck. Aus.“

Und das — das geschieht im Stubbenland. Wo man ihretwegen bleibt. Statt nach Berlin zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)

„Was haben wir verbrochen?“

Die nachfolgende Episode wird uns von einem ordentlichen Arbeiter zur Veranschaulichung der hier unter dem verächtlichen Eindruck einer erlebten Episode so formt, wie wir sie unerschrocken und ungefährlich zum Ausdruck bringen. D. Red.

Es ist morgens 10 Uhr. Langsam, aber unablässig dicht rieselt der Schnee herab. Vor der Friedhofsmauer gegenüber der Bergstraße stehen zehn Arbeitslose, teils dem Wetterfest angezogen. Andererseits aber sieht die Rot aus allem, was sie anhaben. Trotzdem ist alles noch berlinerisch vergnügt. Arbeit ist vom Himmel gefallen, fällt noch immer zu und die Friedhofverwaltung soll für Beseitigung dieser Himmelsfrucht den Beutel öffnen. Aber diese sind berufen und wenige sind auserwählt.

Langsam sammeln sich mehr Schneeschipper an. Es geht auf 1 Uhr zu. An die 60 Mann sind jetzt versammelt. Unruhig misst die Hintermänner ihre Vorderleute. Wieweil Mann werden gebraucht? Die vorne an der Tür stehen, sind siegesgewiß. Stunde 88 Pf. gibt es. Circa fünf Stunden Arbeit macht 4,40 Mark. Dafür lohnt es sich schon, vier Stunden vorher mit nassen Kleidern und Füßen zu stehen.

Pflichtlich erscheint der Friedhofverwalter, aber nicht durch die Tür, durch die er kommen sollte, sondern von hinten raus aus einem Schuppen. Wie der Blitz ist die ganze Kolonne um ihn her. Ein fürchterliches Gedränge entsteht. Versagen ist alles Kameradschaftsgefühl. Jeder drängt den anderen rücksichtslos beiseite. 50 Arme mit der Ausweisarte strecken sich dem Arbeitsbringer entgegen. Fünfzigmal kommt die Bitte um Arbeit und damit um Beut, um das tägliche Dasein für ein paar Extramarck aufzuheitern. Hin- und herdrängend umflutet die Menge den Verwalter.

Jetzt plötzlich ist einer gefürst. Zwei weitere kommen dadurch zu Fall. Der Verwalter hat sich an eine Wand gerettet und nimmt dort jetzt ganze acht Karten entgegen. Diese acht Mann genügen, um die Bürgersteige rund um das Gebäude vom Schnee zu reinigen.

Lieftige Enttäuschung, heftige Niedererschlagenheit bei den Lebigen. Wieder einmal umsonst. Das Herz zittert ihnen vor der Hoffnungslosigkeit daheim.

Der zuerst Gefürzte hat sich langsam erhoben; es ist ein älterer Mann mit abgenutzten Kleidern und steifen Gliedern. „Was haben wir bloß verbrochen“, sagt er mehr zu sich selbst als zu den anderen, „dass es uns jetzt so geht? Für nur ein bisschen Wärme und Brot erwärmen wir uns hier bald gegenseitig.“ Dann macht er einen leichten Versuch bei dem Verwalter und bittet mit ganz leiser Stimme um die Arbeit.

„Nein, es sind genug!“ sagt dieser und fordert alle auf den Friedhof zu verlassen. Alles geht, auch der Kellere. Mit unendlich traurigen Bewegungen, müde und hoffnungslos schiebt er sich dem Ausgang zu. Neben ihm aber schreiet triumphierend das graue Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Gefälschte Krankenscheine.

Betrügereien in einem Bestrafungsinstitut.

Im Ausgang des vergangenen Herbstes wurde bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin entdeckt, daß mit Krankenscheinen ein Betrug verübt worden war. In einem Bestrafungsinstitut in der Nähe des Moritzplatzes sollten Patienten behandelt werden sein, die Kosten waren der Kasse in Rechnung gestellt und auch bezahlt worden. Bei der Nachprüfung ergab sich nun, daß gar keine Behandlung stattgefunden hatte. Die Krankenscheine waren gefälscht. Die Inhaberin des Instituts wurde festgenommen, behauptete aber, daß die Fälschungen von ihrem Geschäftsführer, dem 33 Jahre alten Wilhelm Wahl verübt worden seien. Wahl, der daraufhin wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung gesucht wurde, hielt sich verborgen. Gestern ermittelten ihn Kriminalbeamte der Dienststelle D. 2 bei einem Freunde im Westen der Stadt und nahmen ihn fest. Wahl bestreitet, sich der Fälschung schuldig gemacht zu haben. Er ist dem Untersuchungsrichter eingeliefert worden.

Betrugsanfrage gegen Professor.

Eine Sekunde entscheidet Millionenerbschaftsprozess.

Noch in diesem Monat wird sich vor dem Schöffengericht in Hirschberg der Jenaer Universitätsprofessor Dr. Joseph zu sammen mit dem Gutsoverwalter Knauer wegen Betruges zu verantworten haben. Die Tat, die Dr. Joseph vorgeworfen wird, soll sich im Zusammenhang mit einem Streit um eine Millionenerbschaft ereignet haben.

Bei einem Eisenbahnunglück in Chamonty war im Februar 1927 der schlesische Rittergutsbesitzer Joseph samt Gattin und Tochter ums Leben gekommen. Natürlich wurde die große Erbschaft, die er hinterließ, nun sowohl von den Verwandten der Frau wie denen des Mannes beansprucht. Nun handelte es sich bei der Entscheidung des Erbschaftsgerichts aber darum, wer der letzte Überlebende der drei Verstorbenen gewesen ist. War die Frau zuerst verstorben, dann hätten die Verwandten des Mannes Erbschaftspräsidenten, war der Mann zuerst gestorben, dann erbten die Verwandten der Frau, hat jedoch die Tochter ihre Eltern auch nur um eine Sekunde überlebt, so erbten alle Verwandten gleichmäßig. Der Erbschaftsstreit wurde erbittert geführt. Zweimal wurden die drei Leichen exhumiert und sezirt, um eventuell den Eintritt des Todes feststellen zu können. Es schien unmöglich, die entscheidende Frage zu klären, und die Verwandten einigten sich schließlich auf gütlichem Wege.

Zur Erbmasse gehörten auch Wertpapiere im Betrage von 60000 M., die von einem Gutsoverwalter verwaltet wurden. Dieser verschwand nun diese Werte gegenüber dem Nachschöpfer und der Steuerbehörde, wie er später angab, auf Anstiftung des Universitätsprofessors Joseph. Wegen dieses Verschwindens, den Joseph auf das energischste bestritt, wurden Joseph und Knauer des gemeinschaftlichen Betruges angeklagt.

Arbeitslosigkeit und Berufsschule.

Bei der heutigen mißwirtschaftlichen Krise, wo viele Arbeitskräfte unangewandt lahmgelegt sind, sollte mehr denn je auch der einzelne sich die Frage vorlegen, ob sein Berufsstand den Forderungen der Gegenwart genügt. Die Wahre war häufig nur Ausbildung für eine Spezialarbeit und deshalb fehlt oft die nötige Flexibilität bei der Suche nach Arbeit. Die graphische Berufsschule in Berlin SO 36, Brangelstraße 85, gibt den jungen Berufsangehörigen Gelegenheit, in den Berufsstufen nicht nur die erworbenen Kenntnisse zu erhalten, sondern auch zu vertiefen. Das Schulgeld ist gering bemessen, halbjährlich 8 M., und kann in besonderen Fällen ermäßigt werden. Außerdem finden Sonderkurse statt in Kalkulation und Buchführung, Photographie usw., Sekunde, sowie Sprachkurse in Englisch, Französisch, Spanisch (für Anfänger), Russisch (für Anfänger und Fortgeschrittene) und Latein (für Lehrer).



Winterreise durch Berlin.

Charlottenburg.

Geht man in Gedanken durch den Schlosspark von Charlottenburg, so tritt einem der Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Preußen vielfach entgegen war es doch hier, wo Friedrich Wilhelm II. mit seinen Dunkelmännern sich phantastischen Spielereien hingab. Heute wandelt der Fremde und der Einheimische in dem schönen baumreichen Park umher, der einen stimmungsvollen Rahmen zu dem monumentalen Schloß bietet. In diesem Schloße haben sich unsere besten Baumeister betätigt: 1699 von Schläder aufgeführt, wurde es 1706 von Solander von Goethe vergrößert und mit der Kuppel versehen, schließlich 1742 durch G. von Knobelsdorff erweitert. War dieses Schloß das Zeichen der Monarchie, so haben sich die Bürger in dem gleichfalls höchst stattlichen Rathaus ein Denkmal ihrer Arbeit gesetzt. Während diese beiden hochstrebenden Bauten auf das Zentrum der Stadt weisen, begrüßt den von Berlin kommenden noch am Rande des Tiergartens das weißliche Gebäude der Technischen Hochschule. Der mit der U-Bahn kommende Besucher befindet sich in der Mitte des geschäftigen Lebens, das die Berliner Straße aufweist. In der Bismarckstraße, die in ihrer ganzen Länge untertunnelt ist, befindet sich die „Städtische Oper“. Die Bismarckstraße, betanlich die direkte Fortsetzung der Charlottenburger Chaussee, setzt sich im Kaiserdamm fort, an dem das neue Charlottenburg sich in besonders charakteristischer Weise entfaltet hat. Zunächst am idyllischen Siedlungsee schöne Wohnhäuser, darunter das Heim der Post- und Telegraphenbeamten, dann nach Ueberqueren des tiefen Einschnittes der Ringbahn, zur Linken das Messelgelände mit

dem Junkturm, zu dessen Spitze ein Fahrstuhl hinaufführt. Endlich als Abschluß der weite Reichsplatz. Aber die U-Bahn setzt sich noch fort, sie erschließt die Reichsstraße mit ihren prächtigen Wohnsitten und endet in Ruhleben. Diesem neuen Charlottenburg, mit seinen Bauten und Anlagen, das allerdings zum Bewohnen einen vollen Geldbeutel voraussetzt, hat das alte Charlottenburg kaum etwas Gleichwertiges gegenüberzustellen: an seiner Peripherie entstehen allerdings noch immer neue Siedlungen, wie Siedlung Heerstraße, Siedlung Ruhleben, Siedlung Jungfernhöhe und Siedlung Pflanzensee. Auch eine der ältesten Berliner „Wiltenskolonien“ entstand bald nach dem Kriege 1870/71 in Westend. Heinrich Daister, wie Strassberg eine Eintragsgröße der Berliner Finanzwelt, legte auf dem den Spandauer Berg hinweisstehenden Terrain diese Wiltenskolonie an, die eine Reihe von Katastrophen durchgemacht, aber schließlich doch ihrer Lage und guten Luft wegen sich durchgesetzt hat. Raum gibt es noch genügend, trotz der erfreulich starken Betätigung der Charlottenburger auf dem Gebiete der Laubengärtnerei. Die Spree ist für Charlottenburg vielfach eine Grenze, so namentlich im Norden gegen Siemensstadt, das zu Spandau gehört. Das ihm zugewiesene Fortsgebiet im Norden, die Jungfernhöhe links und rechts von dem Schiffsahrtskanal, weist den Volkspark Jungfernhöhe auf. Sportanlagen sind auch an der Wilmsdorfer Grenze bei Eichkamp. Gegen Wilmsdorf geht die Grenze zum Kurfürstendamm und etwas südlich darunter.

Lang ist es her, daß die vornehmen Berliner Charlottenburg als Sommerfrische wählten und der Durchschnittsberliner im „Türkischen Café“ seinen Nachmittagskaffee mit Schlagobene und die ehrfamen Berlinerinnen in der „Flora“, einst eine kleine „Herzliebe“ Konkurrenz zum Zoologischen Garten, ihr Kaffeetränzchen hielten — an Erfolg für diese geschwundenen „Herzlichkeiten“ fehlt es heute nicht.

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, den 14. März, 19.30 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Str. 3

Raphael Abramowitsch

Mitglied der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Der Funktionswandel der bolschewistischen Diktatur

Karten zum Preise von 50 Pf. (einschl. Garderobe) sind an folgenden Stellen zu haben: Buchhandlung J. H. W. Olete Nacht, Lindenstr. 1, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 64, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Köllnischen Park 2 u. Buchd. Ringstr. 30, Verband der graph. Hilfsarbeiter, Riesenstr. Ecke Luisenaler; Zigarngeschäft Horsch, Engelstr. 34/35, Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreifeldstr. 8, Zentralverband der Angestellten, Hedemannstr. 12, Verlagsgesellschaft des ADGB, Abteilungsfortschritt, Inselstr. 6 a, Geschäftsstelle des Touristenvereins Naturfreunde, Johannistr. 13, und an der Abendkasse.

Die allgemeinen Kurse können auch von Jugendlichen anderer Berufe besucht werden. Auskunft jederzeit bereitwilligst in den Abendstunden von 3 1/2 bis 9 Uhr in der Berufsschule für das graphische Gewerbe, Berlin SO 36, Brangelstraße 85, Zimmer 6a.

Das Werk der Brandstifter.

300 Brandstiftungen in Berlin.

Unter den fast zahllosen Bränden, die alljährlich in einer Stadt von der Größe Berlins auftreten und deren Betämpfung den Feuerwehren hunderttausend Arbeit verursacht, befinden sich stets mehrere Schadenfeuer, die auf vorsätzliche Brandstiftung zurückzuführen sind. Es übertrifft jedoch die kühnsten Schätzungen, wenn man vernimmt, daß im vergangenen Jahr nach den jetzt vorliegenden endgültigen Feststellungen nicht weniger als 300 Brände vorsätzlich verursacht wurden. In mehr als einem Drittel aller Fälle war der Brandstifter von Anfang an der Untersuchungs an bekant; in weiteren 25 Fällen bestand ein Tatverdacht gegen gewisse Personen, die dann auch im Laufe der kriminalpolizeilichen Ermittlung der Täterschaft überführt werden konnten.

Bekanntlich ist gerade in Berlin eine äußerst regsame Tätigkeit der Brandstifter festzustellen, denn von 1487 im vergangenen Jahre in den größeren Städten Preußens verursachten Brandstiftungen entfielen etwa 21 Proz. auf die Reichshauptstadt; Essen folgt mit 207 vorsätzlich angelegten Bränden an zweiter Stelle. Außerordentlich hoch ist ferner die Zahl der Brandstiftungen in Breslau und Halle an der Saale, wo im Laufe des Jahres 1930 je 96 Schadenfeuer durch Verbrecherhände angelegt wurden. Die Motive zur Tat waren in den weitaus meisten Fällen persönliche Racheakte.



„Die gelbe Jade“, ein Märchenpiel, wurde als ein didaktisches Bilderbuch vor den Hörern ausgeblättert. Man sah ein neues Bild nach dem anderen und immer noch eins. Es waren viel zu viele. Solche Fülle einseitiger Beschaulichkeit mußte langweilen. Die mystischen Schmörkel, mit denen man das Spiel etwas sehr reichlich, aber nicht ungeschickt garniert hatte, änderten an dieser Tatsache auch nichts. Die sprachlich ungeschickten abgestimmten Ausführungen waren etwas gehaltvoller Stoffes und eines funktionsfähigeren Wertes würdig gewesen. — In der Stunde „Das neue Buch“ sprach Dr. Erich F. Podach über die Neuauflage von Professor Dörmann „Vom Jenseits der Seele“. In diesen 10 Minuten wurde über die Entwicklung des modernen Objektivismus und die Stellung der heutigen Wissenschaft zu ihm (sowie Wesentliches ausgeführt, daß die Buchbesprechung auch den Hörern etwas zu geben hatte, denen das Buch selber nie zugänglich sein wird. Hans Friedrich Klunck las zwei eigene Märchen in der Jugendstunde. „Die Geschichte vom Plautenmann“, eine Variation des Themas vom „Nischer und seiner Frau“, umrankt den Märchenstoff geschickt mit ironischer Weltbetrachtung, während „Der betrogene Zauberer“ ganz märchenhaft zusammenabuliert ist. —

Erzesse der Notwehr.

Freisprüche im Verleberger Saalschlacht-Prozess.

Verleberg, 13. März.

Nach viertägiger Prozedur fand heute nachmittags die Verhandlung des Erweiterten Schöffengerichts gegen die Teilnehmer an der Saalschlacht im Hotel Stadt Berlin, die sich am 11. September vorigen Jahres bei einer sozialdemokratischen Wahlversammlung ereignete, mit einem Urteil ihr Ende, durch das alle Angeklagten freigesprochen wurden, mit Ausnahme des Angeklagten Rebes, der 3 Monate Gefängnis erhielt. Unter Anklage hatten der Lehrer Köll und seine Ehefrau, der Oberlehrer Wigner und der Fleischer Halweg, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei warensfener der Nationalsozialist Wildhagen und der parteilose Arbeiter Rebes gestanden. Da die Vorfälle bei der Saalschlacht zu weiteren politischen Zusammenstößen in Verleberg den Anlaß gaben, verfolgte die Bevölkerung diesen Prozeß mit großem Interesse. Der Oberstaatsanwalt kam zu der Feststellung, daß es sich bei diesen Ausschreitungen um Erzesse der Notwehr handelte, bei denen beide Parteien die Grenzen überschritten hatten. Am schwersten belastet erschien dem Oberstaatsanwalt der Angeklagte Rebes. Er beantragte gegen ihn ein Jahr Gefängnis. Das Gericht kam zu einer weit mildereren Aufstellung und fällte das obengenannte Urteil.

Berufsfotographen stellen aus!

Das photographische Gewerbe leidet ebenso wie alle anderen Berufe unter der Mißgunst der Zeit. Die Stille im Geschäft ist aber ein Ansporn, das Beste zu leisten, um durch Qualitätsarbeit voranzukommen. Die soeben eröffnete Ausstellung Berliner Photographen im Schöneberger Rathaus am Rudow-Wilde-Platz unterrichtet sehr gut über den hohen Stand der photographischen Technik und wird ihren Zweck, werbend zu wirken, sicher nicht verfehlen. — Das große Publikum wird bei der Fülle des Gebotenen außerordentlich viel Neues und Interessantes zu sehen bekommen. Man sieht die verschiedensten Arten und Techniken der Photographie und ihre vielen Verwendungsformen, z. B. für Retikame. Neu und originell sind hier die lebensgroßen Figuren von Carl Orsier, die auf Sperrholz photographiert und ausgeschnitten wurden. Durch entsprechende farbige Bemalung wirken sie plastisch. Man sieht gute Aquarellphotos, von Bildnissen fällt der visionär wirkende Kopf Einsteins auf. Es werden vorzügliche Porträtstudien im Braundruck gezeigt. Eine Reihe wirkungsvoller Aufnahmen aus Technik und Wirtschaft illustrieren die hohen Anforderungen, die an das Können des Berufsfotographen gestellt werden. Ein Karlsruher Photograph überrascht mit dem neuen Verfahren des farbigen Bromöldrucks und mit vorzüglichen Architekturtaufnahmen. Mehrere Bromöldrucke führen den Nachweis, daß das photographische Bild sehr wohl Wandornum sein kann, wenn es künstlerisch gesehen und technisch gut behandelt worden ist. Zu erwähnen ist die Gedächtnisausstellung R. Versheid, dieses Meisters der Porträtphotographie. Verschiedener Meinung kann man dagegen bei der Betrachtung der Photographien sein, die von der ursprünglichen Kunst der Miniaturmalerei doch zu weit abweichen. Als Hauptsehenswürdigkeit dieser Ausstellung ist die von Herrn Dost veranstaltete Ueberlicht der Entwicklung der Berliner Photographie zu nennen; sie bietet eine Fülle belehrenden und oft amüsanten Materials, das von Daguerre bis zu den Familienbildern der Vorkriegszeit reicht. Die Ausstellung ist vom 13. bis 23. März von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends bei kostenlosem Eintritt geöffnet.

Wassereintrich auf Ruhrzeche.

Bochum, 13. März.

In den frühen Morgenstunden des Freitags erfolgte auf der Zeche „Engelsburg“ der Bergbaugruppe Bochum der Verheerendste Wassereintrich in der Ruhrzeche, der vermutlich von der früheren, jetzt stillgelegten Zeche „General“ oder „Marianne“ seinen Ausgang genommen hat. Die sechste und siebente Sohle stehen unter Wasser. Die Wachtsticht konnte noch rechtzeitig ausfahren. Einige Grubenpferde, die nicht rechtzeitig herausgeschafft werden konnten, sind ertrunken.

Theater in der Klosterstraße
Justizkrise

Zeitdrama von Dr. Credé, Verfasser des Dramas § 218.
Vorzugskarten für Sonnabend und Sonntag, zum Preise von 90 Pfennig sind in unserem Büro Lindenstraße 3, 2. Hof II, Zimmer 9, zu haben.

Ungetreue Gemeindebeamte.

Unterschlagungen in der Gemeinde Königswusterhausen.

Die im März vorigen Jahres aufgedeckten Unterschlagungen, die der 39jährige Gemeindevorstand Richard Hoffmann und der frühere 40jährige Gemeindefiskaler Konrad Breil bei der Gemeindevorwaltung in Königswusterhausen begangen haben, fanden heute vormittag vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln ihr gerichtliches Nachspiel.

Die beiden Gemeindebeamten haben sich nach der Anklage wegen Amtsunterschlagung und schwerer Urkundenfälschung im Amt zu verantworten. Die Verurteilungen wurden bekannt, als im März vorigen Jahres eine außerordentliche Kassenrevision durch die Girazentrale der Provinz Brandenburg auf Veranlassung des Gemeindevorstehers Wenkel erfolgte, bei der für Hoffmann die Gefahr der Entdeckung seiner Unterschlagungen bestand. Einige Tage vor dem angeetzten Termin der Revision machte Hoffmann die überraschende Mitteilung, daß er Gelder aus der Kasse genommen habe. Im einer eingehenden Untersuchung zu ergehen, zahlte Hoffmann zunächst 7000 M. zurück. Eine genaue Untersuchung ergab aber, daß seit November 1923 im ganzen 50 000 M. veruntreut worden waren. 34 000 M. nahm Hoffmann auf sein Konto, während fast die gesamte restliche Summe im Laufe der Ermittlungen dem mitangeklagten früheren Gemeindefiskaler Breil zur Last gesetzt wurden. Breil schied Anfang 1929 auf eigenem Wunsch aus dem Amt, nachdem er wegen Amtsunterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, und zwar für Unterschlagungen, die er in den Jahren 1926 bis 1928 verübt hatte. Bei den damaligen Ermittlungen gegen Breil fungierte der jetzige Hauptangeklagte Hoffmann als Kontrolleur, so daß durch diesen Umstand vereitelt wurde, daß schon damals die ungeheuren Unregelmäßigkeiten völlig ans Tageslicht kamen. Da Breil auch in den Jahren 1923 bis 1926 mit Hoffmann fortgesetzte Unterschlagungen und Fälschungen der Kassenbücher vorgenommen hatte, ist er jetzt erneut mit Hoffmann zusammen unter Anklage gestellt worden.

Die Angeklagten waren in der Verhandlung geständig und verurteilt einen Teil der Schuld auf die Gemeindevorwaltung zu schieben, die es angeblich an der nötigen Aufsicht habe fehlen lassen.

Das Gericht verurteilte Hoffmann zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und Breil zu 9 Monaten Gefängnis, wieder unter Einschluss seiner früheren Strafe. Während Hoffmann das Recht zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt wurde, erhielt Breil Bewährungsfrist, da er aus Verhaftung gehandelt habe und ihm nur nachgewiesen werden konnte, im ganzen 3600 Mark erbeutet zu haben, während Hoffmann etwa 40 000 Mark unterschlagen hätte. Als mildernde Umstände wurden die primitive Buchführung und die völlig unzureichende Kontrolle der Gemeindefiskasse berücksichtigt.

Der lockende Sprit.

Zwei Geheimbrennereien ausgehoben.

An zwei verschiedenen Stellen hat die Zollfahndungsstelle Berlin, Culfenstraße, geheime Spritbrennereien ausgehoben.

In der Ortschaft Banitzow zwischen Königswusterhausen und Borsig hatte ein Mann ein einsam gelegenes Gehöft bezogen. Er wurde mehrmals dabei beobachtet, wie er auf einem Handkarren Kanister zum Bahnhof brachte und sie als Gepäck mit nach Berlin nahm. Nachforschungen ergaben, daß er die Kanister bei Gastwirten in den kleinen Lokalen am Stettiner Bahnhof abgabte. Bei einer überraschenden Durchsichtung des Gehöfts in Banitzow fanden die Beamten eine kleine Brennerei, in der Sprit hergestellt worden war. Bei der Rückkehr von einer „Geschäftsreise“ wurde der Brenner festgenommen. Er ist dem Richter vorgeführt worden.

Ein verdächtiger Verkehr war auch von den Beamten in einem Hause in der Elsäßer Straße im Norden Berlins beobachtet worden. Dort hatte ein Mann für zunächst unbekannte Zwecke Kellerräume gemietet. Er mußte aber bemerkt haben, daß er Verdacht erregt hatte, denn einige Tage ließ er sich nicht sehen. Gestern, Freitag, wagte er sich wieder heran und wurde von den Beamten, die auf ihn warteten, am Kragen genommen. Auch er hat in dem Keller mit primitiven Hilfsmitteln Sprit gebraut. An beiden Stellen wurden die vorgefundenen Geräte beschlagnahmt und abtransportiert.

Freierunde der Sozialen Radiohilfe.

Die Soziale Radiohilfe veranstaltet am Sonntag, dem 15. März 1931, 11 Uhr vormittags, im Festsaal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, eine Freierunde, deren Festrede die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Genossin Tschacka, halten wird und an der Gertrud Esfeldt, Toni von Ehl, Paul Graeb, Alfred Beierle, die Aktuelle Kleinkunstbühne und das Bachorchestrer unter Leitung von Dr. Wolfgang Herberck mitwirken. Die Soziale Radiohilfe stellt Erwerbsbeschränkten und Erwerbslosen, sowie öffentlichen Anstalten Rundfunk-Empfangsapparate kostenlos oder gegen Rückerstattung der Selbstkosten zur Verfügung. Der Reinertrag dieser Veranstaltung wird ausschließlich für diesen Zweck verwendet.

Otto-Reutter-Gedächtnisfeier im Wintergarten. In einer Gedächtnisfeier für Otto Reutter, die von der Internationalen Künstlerloge am Sonntag, dem 15. März, mittags 12 Uhr, im Wintergarten veranstaltet wird, hält der Präsident der I.K.L., Alfred Fossil, die Gedächtnisrede. Im Zeichen der Rückerinnerungen bringen bekannte Berliner Künstler Teile aus Reutters Vorträgen. Es wirken u. a. mit: Willi Schaeffers, Erich Corow, Viktor Schwanne, Eberhard Kusell, Hans Wiers. Karten sind im Büro der Internationalen Künstlerloge, Berlin, Friedrichstraße 94, und beim „Programm“, Berlin, Zimmerstr. 7-8, zu haben.

Sprecher für Sozialistische Freierunden. Die zum Sonntag angeordnete Redeversammlung wird aus Rücksicht auf den Sonntag, dem 16. März, im Festsaal der Sophienkirche, Behmehofstraße 16-17.

Bund Sozialistischer Schüler. Die öffentliche Netzwerkeversammlung am Dienstag, dem 17. März, 19.30 Uhr, in der Aula der Sophienkirche, Berlin-Schöneberg, Behmehofstraße 16, Thema: 1. Sozialistische Jugend. Redner: Rechtsanwalt Dr. Kurt Sed. Leiter der Beratung: Dr. Kurt Sed. 2. Aus der Antifaschistischen Kampfgeschichte. Rednerin: Frau Marie Reichheim. 3. Ausdrücken Jugendlicher.

Sozialpolitik im Reichstag.

Zweiter Tag der Debatte.

Im Reichstag verlangte am gestrigen Freitagnachmittag vor Eintritt in die Tagesordnung

Abg. Frau Hummer (Komm.) die sofortige Beratung eines Antrags auf Aufhebung des § 218. — Widerspruch verhindert das.

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums spricht

Abg. Schröter-Werkeburg (Komm.) gegen die Methoden des staatlichen Schlichtungswesens und den Lohnabbau. Er stellt die Drohung des Sozialstaats dar, wie er ausführt, ungeminderten Fülle des Bedarfs und seiner unkontrollierbaren Kosten gegenüber und zitiert als Zeugen dafür das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau. Er behauptet, daß sozialdemokratischer Verrat an der Revolution 1918/19 das Bündnis des russischen und des deutschen Proletariats verhindert und dadurch Rußland auf Geschäfts mit ausländischen Kapitalisten angewiesen hätte. Der „Vorwärts“ hat in seiner Besprechung des neuen Rußlandgeschäfts, das 100 000 bis 150 000 deutschen Arbeitern Arbeit schafft, zugegeben, daß bisher keine Ausfälle im Rußlandgeschäft eingetreten sind, aber zugleich gefordert, daß der Vertrag nicht geschlossen werde, wenn die Gefahr einer Reichszubute bestände. Nicht in Rußland, sondern im Kapitalismus besteht Zwangsarbeit.

Abg. Hermann (Wirtsch.): Die Theorie vom „politischen Lohn“ ist leider kein bloßes Schlagwort, sondern eine von sozialdemokratischer Seite oft aufgestellte Forderung. Handwerk und Gewerbe wehren sich mit Recht gegen die starre Bindung des Lohnes durch Zwangsmassnahmen. Ebenso schädlich wirkt aber beim Einkauf der Rohstoffe und Halbfabrikate die starre Preisbindung durch die Kartelle. Der gewerbliche Mittelstand wird dadurch zum Objekt der Wirtschaft, statt ihr Subjekt zu sein. Ohne die Beilegung dieser starren Bindungen auf der Lohn- und Preisseite kann die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht überwunden werden.

Wie wenden uns dagegen, daß die Tarifverträge sich mehr und mehr mit dem Lehrlingswesen beschließen.

Die Bierzigstundenswoche wird in manchen Industrien und Gewerben auf dem Wege freiwilliger Verständigung eine gesunde Reform bedeuten, aber ihre allgemeine Einführung durch gesetzlichen Zwang wäre für Handwerk und Kleingewerbe ganz unmöglich, weil hier die Möglichkeit fehlt, die Arbeitsplätze und die Arbeitnehmerzahl zu vermehren. Hier steht doch auch der arbeitslose Meister, der irgendein Leben muß. Dauernde Gesundheit der Wirtschaft kann erst eintreten, wenn wir uns abwenden von jener verfehlten Wirtschaftspolitik der letzten Zeit, in der der unglückliche Versuch gemacht wurde, mit staatssozialistischen Experimenten in die Privatwirtschaft hineinzuwirken.

Allgemeine Wetterlage.



Über das südliche Mitteleuropa zog sich am Freitagabend ein Hochdruckrücken, der im größten Teile Deutschlands zu einer raschen Wetterbesserung geführt hat. Nur im Nordosten und an der Ostküste war das Wetter noch etwas unbehaglich; dort kam es auch noch zu vereinzelt Schauern. Im Binnenlande war der Himmel meist heiter. Die Temperaturen erreichten nur im Alpenvorland nicht den Gefrierpunkt, liegen aber dagegen am Rhein stellenweise auf 3 Grad Wärme. Der Hochdruckrücken dehnt sich noch nach Nordosten aus, daher dürfte Deutschland am Sonntag in seinem Bereich bleiben, zumal die nordöstliche Depression sich jetzt rascher zu verflachen scheint. Die atlantische Depression, die bei den britischen Inseln aufgetreten ist, dürfte erst später unser Wetter beeinflussen.

Wetterausblick für Berlin. Größtenteils heiter, Tagestemperaturen mehrere Grade über Null. — Für Deutschland. Auch an der Ostküste und im Nordosten Windabnahme und weitere Aufhellung, im übrigen Reiche größtenteils heiteres Wetter, am Tage ziemlich mild.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Arbeit nur an den Jugendleiter.
Sonderausstellung der Volkshilfe Sonntag, 22. März, 15 Uhr. Karten für Jugendliche zu 50 Pf. sind nach in bekannter Anzahl erhältlich.
Sitzung, Hauptversammlung. Die für unseren nächsten Sonderleiterwahl 1931 aus. Termin wird nach bekanntwerden.
Gewerkschaften Groß-Berlin: Sonntag, 15. März, 18 Uhr. Vorkonferenz, Fortsetzung der Gewerkschaften (11.23, 12.15, 12.30).
heute, Sonnabend.
Bezirksrat Neukölln: Arbeitsrat des Bildungsausschusses nach Briefkasten 174 Uhr und 20 Uhr. Bezirksrat, Oberbezirkskommission 18.30 Uhr. — Landtagswahl: Generalwahl, Wahlkreis. Jeder muß erscheinen.
Bezirksrat Köpenick: Vorkonferenz, Arbeitsrat nach 19.30 Uhr. Gewerkschaften 17.30 Uhr. Bezirksrat, 18.30 Uhr. Vorkonferenz, Fortsetzung der Gewerkschaften (11.23, 12.15, 12.30).
Bezirksrat Prenzlauer Berg, Landtagswahl: 14 Uhr. Bezirksrat, Fortsetzung der Gewerkschaften (11.23, 12.15, 12.30).
Morgen, Sonntag.
Bezirksrat Neukölln: 7 Uhr. Vorkonferenz. — Landtagswahl: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Tempelhof: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Neukölln: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Köpenick: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Prenzlauer Berg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Charlottenburg: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Mitte: 11 Uhr. Vorkonferenz. — Bezirksrat Westend: 11 Uhr.

Die Not mit der Landwirtschaft.

Eine Kapuzinerpredigt zur rechten Zeit. — Ein Landwirt an seine Berufsgenossen.

Gegenwärtig sind im Landbund bei Kaldreuth, Sybel und Rohr Katastrophopolitik und Hülerei Trumpf. Der Landbund und die ihn führenden Ostelbier haben jedes politische Augenmaß verloren. Die folgenden Ausführungen eines praktischen Landwirts aus Ostelbien neigen in ihrer schroffen Formulierung gewiss zu Verallgemeinerungen und lesen sich wie eine Kapuzinerpredigt. Aber wie jede Kapuzinerpredigt, wenn sie gut ist, zugleich übertreibt und dennoch ins Schwarze trifft, so auch hier. Hoffentlich muß die Predigt von der Not „mit der“ Landwirtschaft noch etwas. Es wäre dringend nötig. — Die Redaktion.

Vor dem Kriege gab es auch eine Not mit der Landwirtschaft, die Not mit dem Großgrundbesitz; dieser wollte nämlich keine Steuern zahlen. Seine Söhne dienten in den feudalen und feudalfesten Kavallerie-Regimentern, das kostete eine Stange Gold.

In den maßgebenden Stellen der Regierung und der Behörden saßen feudale Großgrundbesitzer oder Herren, die mit dem Großgrundbesitz verschwägert oder verwestert waren. Da brauchte man sich keine Gedanken zu machen, diese würden schon dafür sorgen, daß alles „in Ordnung“ bliebe. Ja, man war zufrieden. Die „verfluchten Sozialdemokraten“ waren allerdings mit diesem Zustand nicht zufrieden, ständig mußten sie „hehen“. Aber was konnten diese viel machen, keine Leute hatte man felt in der Hand, bei den Wahlen war gute Kontrolle, auf dem Lande bekamen die „Sozis“ keine Stimmen, der Bauer zahlte willig die Steuern für den Großgrundbesitz.

Der Bauer hatte viel zu große Ehrfurcht und viel zu großen Respekt vor dem Rittergutbesitzer und -Pächter, vor dem „Herrn Amtmann“ (wohl noch einige Tropfen Blut aus der Zeit der Leibeigenschaft vererbt). Sie alle, groß und klein, waren ja „Berufsgenossen“, gingen „Schritt an Schulter“ durch „die und düm“ in — — Versammlungen (!). — Sonst aber! — „ja Bauer, das war ganz was anderes“.

Dem Großbauern war es übrigens so recht, zum wenigsten ließ er es sich gefallen. Er lebte ja auch sehr gut, sah viel im Dorftrug und ließ seine Arbeiter arbeiten und — sparte Geld.

Der Kleinbauer hatte das Maul zu halten.

Aber der Reingewinn mochte sich am Jahreschluss als noch so groß herausstellen, seinen Arbeitern entsprechend der Höhe des Reingewinnes eine besondere Zuzahlung machen, ihre Lebenshaltung verbessern, tat keiner. So, solcher Gedanke kam überhaupt niemand, die Arbeiter als Mitarbeiter anzusehen, und daß ein Arbeiter mehr als arbeiten, sich fassen und auch anständige Unterkünfte beanpruchen könne. Je höher der Reingewinn, desto nobler die Passionen, desto luxuriöser die Anschaffungen. Der Arbeiter konnte zusehen. Das erzeugte Verbitterung.

Und Tatsache ist, daß die Agrarier den Radikalismus auf dem Lande selbst gezüchtet haben und noch züchten.

Die Inflation hat wohl die angehäuften Reingewinne vernichtet, aber auch die Schulden. Wer nicht zu sehr im Geld- und Alkoholstaukel in der Inflation war, hatte seine Hypotheken rechtzeitig abgelöst, gebaut und Inventar gekauft. Alle kamen, wenn nicht vollkommen schuldenfrei, so doch mit wenig Aufwertungshypotheken zu 1½ bzw. 3 Proz. Zinsen in die Festmarkt. Das war eine feine Sache.

Aber die Landwirte kamen auch als andere in die Festmarkt, als sie vor der Inflation waren. Der mühselige große Verdienst und das bequeme Leben hatte sie verborben. Gutsbesitzer und Bauern hatten dies Leben zu lieb gewonnen, sie wollten nicht mehr davon lassen. Doch dazu gehörte Geld. Scheinbar wenig und doch viel Geld, denn nun gehörte wirkliches Geld dazu!

Man war noch an große Summen gewöhnt; tausend Mark spielten gar keine Rolle. Die „Herren“ Landwirte waren vielfach mehr in der Stadt, in Versammlungen, in Weinstokeln, als auf ihren Wirtschaften. Ihre Damen besuchten die besseren Kaufhäuser und Cafés. Zu Hause kaufte man in Seide und die Schminke wechselte ab. Ja, es ging hoch her und Geld spielte keine Rolle. Aber es mußte — gepumpt werden. Jeder Wechsel wurde unterschrieben, ob zu 15 Proz. oder 30 Proz., nur Geld haben, um jeden Preis Geld haben, um — „weiter wirtschaften“ zu können. Weil keine Deckung vorhanden war (außer der Substanz), dachte man lieber gar nicht daran — Wechsel zu 2000 M., 20000 M., 40000 M. — lächerliche Summen — — —

Heute?! Sehr viele rettungslos pleite — meist durch eigene Schuld!

Gemach, meine Herren Berufsgenossen, schraubt nicht so mühselig, ich trete den Beweis an: Alle die ordentlichen, fleißigen, sparsamen und vorsichtigen unserer Berufsgenossen, die sich von der Inflation nicht verwirren ließen, zum wenigsten nach der Inflation wieder zur Bestimmung kamen, haben keine oder wenig Schulden und auch heute noch vielfach Uberschüsse. Aber sind gar nicht so wenig. Die Vorsichtigen haben in der Inflation am schlechtesten abgeschnitten. Wogegen diejenigen, die vom Inflationstaukel erfasst waren, bauten und kauften für Jahrtausende (nach wirklichem Geldwert) auf Wechsel, die sie später mit dem Erlös für ein paar Ausschüttungen einlösten. Diese Heiden sind aber heute trotzdem am meisten pleite. Genügt auch das nicht als Beweis, daß ihr die Schuldigen seid, dann den zweiten Beweis: Es ist bekannt, daß die meisten Rittergüter, die unter ritterschaftlicher Verwaltung stehen, Uberschüsse haben. Sogar bleibt nicht geheim. Aber das ist auch ja allen bekannt. Sammern tun natürlich alle, ob pleite oder plus!

Allen stand Berufsberatung in jedem Ausmaß zur Verfügung durch die Landwirtschaftskammern, landwirtschaftlichen Schulen, Tierzuchtinspektionen usw. Warum habt ihr euch nicht um die Institute gekümmert, sie sind doch eigens für euch geschaffen?! Euch war der Inflationsluxus und der Inflationschlandrian lieber! Es ist nicht wahr, daß die Beschaffenheit der einzelnen Güter und Bauernwirtschaften, die Rentabilität, bei der Verschuldung ausschlaggebend war. Objekte der verschiedensten Rentabilität sind pleite oder in Ordnung. Immer war es die Personalfrage der Betriebsleitung!

Unsere Landbundsleiter und die Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Vereine haben schöne Reden gehalten. Immer das-

selbe: die Not der Landwirtschaft, die hohen Löhne, die hohen Steuern, Lobbydabei auf sich selbst, wie man bei Wind und Wetter (fürchterlich) sich abmüht für die Bevölkerung, für das Vaterland, Rohungsmittel zu erzeugen aus reinem Pflichtgefühl (!) und reiner Vaterlandsliebe (!), womöglich noch Vaterlandslieder hinterher. Man war mit sich zufrieden nach jeder einer Versammlung, mochte noch in Gruppen eine lustige Nachfeier und fuhr dann nach Hause. Donnerwetter, was war man doch für Kerls! —

Hätten unsere Führer Führerfähigkeit gehabt,

dann hätten sie ihre Berufsgenossen aus dem Inflationstaukel rausgerissen, hätten diesen die Wirklichkeit gezeigt, sie zur Sparsamkeit, Ordnungsliebe, Fleiß und Tüchtigkeit zurückgeführt. Hätten gewarnt, besonders vor dem leichtsinnigen Schuldenmachen zu enormen Zinslöhnen usw.

Heute schreien unsere Führer noch mehr, drohend, homöopathischer (sie halten das für ihre Pflicht). Ihr schreit mit. Es ist das bequemste, und wenig Gehirnschmalz gehört dazu. —

Was hat man der Landwirtschaft nicht schon alles geschenkt: Rotstandshülsen, Wasserhahnhülsen, Roggenstützungen usw. Jetzt die Osthilfe; und das Geschrei nach der öffentlichen Hand, dem Staat also, wird immer gellender.

Wer ist denn der Staat? Das ist die Wirtschaft, das Volk, das sind wir! Auf Kosten anderer, denen es noch viel schlechter geht, als der Landwirtschaft, und die keine Schuld haben, wie ihr, soll euch geholfen werden!

Warum geht es diesen schlechter? Weil die Kaufkraft der Landwirtschaft vernichtet ist und dies sich naturgemäß auf Handel und Wandel auswirken muß. Wer hat die Kaufkraft der Landwirtschaft vernichtet? Die Landwirte selbst durch ein Leben wie vorstehend geschildert. Die Krise hat das nur verschärft.

Selbstverständlich geht es der Landwirtschaft nicht glänzend. Aber daß bei 12—13 M. für Weizen, 10—11 M. für Gerste, 50—60 M. für Schweine, ebensoviel bei Rindern, 15—20 Pf. für Milch, 12—20 Pf. für 1 Ei usw. usw., welche Preise wir wohl meist gehabt haben, Uberschüsse erzielt werden können, wird in vielen vielen landwirtschaftlichen Betrieben erwiesen. Daß wir für diese Preise vielfach unsere Produkte verkauft haben — nur vielleicht nicht, wo die Frachten übermäßig hoch werden —, wird wohl niemand bestreiten wollen. Gewiß hat der Roggen schon mal 6,50 M. gekostet, aber auch schon 11 M., wir haben den Zentner Kartoffeln in diesem Jahre schon für 75 Pf. verkauft — aber wir haben auch schon 8 M. bekommen, und der Weizen hat schon 18 M. und die Schweine haben schon 60 M. gekostet. Kostet der Roggen 7 M. und die Kartoffeln 1 M., dann setze ich eben diese Produkte in Fleisch, Fett, Milch, Eier usw. um. Aber die Fälligkeit der leichtsinnig unterschriebenen Wechsel zur

Fortführung eures Inflationslebens zwingen euch, um jeden Preis Bargeld zu schaffen!

Heute ist es für die meisten zu spät.

Der Inflationsstaukel, der erst 1928 sichtbar ganz vererbte, wurde von einer zunehmenden Stumpfheit und Energielosigkeit abgelöst, die kaum noch überboten werden kann. Viele könnten sich noch retten, aber so forsche Kerle wie in der Inflationszeit waren, so große Schwächlinge sind sie jetzt geworden. Anstatt eisernes Wollen zu haben, hören sie trübselig das Gequatsche ihrer Führer mit an und brüten dann zu Hause ihrem Ende entgegen. Allenfalls soll noch der dröhnende Stahlhelmmarschkolonnenmarsch helfen!

Vor dem Weltkriege, in den Jahrzehnten nach einem gewonnenen Kriege, der außerdem nur ein gutes Jahr dauerte, konnte sich Deutschland den Luxus der Nichtbesteuerung, also eines Preisleges des Großgrundbesitzes auf Kosten der übrigen Volkswirtschaft leisten. Deutschland war ja wohlhabend. Jetzt aber, nach einem verlorenen Kriege, der 51 Monate dauerte, in dem fast die ganzen Völker der Welt gegen uns standen und der eine fürchterliche Menschen- und Materialvernichtung war, geht das nicht. Den Auswirkungen des von uns verlorenen Krieges zu begegnen, erfordert die Kraft der ganzen Nation!

Heute muß die Landwirtschaft nicht nur dem Kamen nach, sondern wirklich das Fundament und der Nährstand des Staates sein und nicht der Zehrstand, der vom Staat erhalten sein will.

Der Staat und alle Stände können verlangen, daß die Landwirtschaft als großer Faktor im Staat seine Schuldigkeit tut und nicht durch seine Mißwirtschaft andere Stände mit ins Verderben zieht. Die Plus-Wirtschaften beweisen, daß die Landwirtschaft nicht nur lebensfähig ist, sondern auch Uberschüsse erzielen kann. Sie könnte also Kaufkraft haben, Handel und Wandel betreiben, und nicht, wie jetzt, ihn lähmen!

Gegen die Arbeiter, Angestellten, Rentner und Entsignierte aller Art war der Landwirt hart und brutal, sogar schadenstroh (es gibt natürlich auch Ausnahmen). Heute heißt er Mitleid und Hilfe — als eine Selbstverständlichkeit. Jene gerieten unschuldig ins Unglück, diese (die Landwirte) sind in Uebermut und Hochmut hineingetaumelt. Selbstschuld!

Dem übrigen Volk darf von der Regierung nicht zugemutet werden, daß es außer der eigenen Not und Sorge, die nun einmal ein verlorenen Krieg im Gefolge hat, auch noch die selbstverschuldeten Sorgen der verschuldeten Landwirte tragen und beseitigen soll.

Es gibt keine besondere Not der Landwirtschaft. Viel größer und erdrückend ist heute die Not mit der Landwirtschaft. Wer nicht fähig ist, soll Zählgeren Platz machen! Die Unfähigen haben fast alle ihr Schicksal verdient! Ihr seid dem Volk und dem Staat schuldig, daß ihr das endlich erkennt und bekennt und — danach handelt!

Ford als Mahner.

Höhere Umsätze — höhere Gewinne — starke Reserven.

Bei der Ford-Rotar-Company A.G., der deutschen Ford-Gesellschaft zeigte sich 1930 die entgegengekehrte Entwicklung wie bei der deutschen Autoindustrie. Der Umsatz erhöhte sich gegen das Vorjahr von 38,1 Mill. auf 46,9 Mill., also um 23 Proz. Da die Preise sanken, stieg die Zahl der abgesetzten Wagen sogar um 29 Proz. Von der deutschen Gesamtproduktion von 86 000 Personen- und 17 000 Lastwagen hat die Ford-Gesellschaft 13 776 Fahrzeuge abgesetzt. Gegenüber der zunehmenden Zersplitterung der deutschen Autoproduktion gibt dieses Fordische Exempel zu denken.

Der Reingewinn des deutschen Ford erhöhte sich von 2,2 auf 3,9 Millionen Mark, obwohl erhebliche Rückstellungen erfolgten. Wegen der bevorstehenden Stilllegung des Berliner Werkes sind ein Drittel der Berliner Anlagen mit 0,5 Millionen Mark abgeschrieben worden. Die im Bau befindlichen Kölner Anlagen stehen mit 3,5 Millionen Mark zu Buch. Auf dem wichtigsten Konto „Patente usw.“, das ursprünglich mit rund 4 Millionen Mark eingeseht war, wurden im vorigen Jahre 1,35 Millionen, 1930 aber noch 1,3 Millionen Mark abgeschrieben, die natürlich verdient sind. Diese „Abreibungen“ sind in Wahrheit Zahlungen an das amerikanische Mutterunternehmen. Zum Reingewinn kommen 1,9 Millionen Mark in eine Sonderreserve, weil man für alle Fälle wegen des Umzuges nach Köln vorsichtig sein will. Dennoch wird auf das 15-Millionen-Kapital wieder eine Dividende von 10 Proz. verteilt, und 0,5 Millionen werden noch auf neue Rechnung vorgezogen.

In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß bis Anfang Mai 4000 schriftliche Aufträge vorliegen. Die Aussichten für 1931 werden optimistisch beurteilt; man hofft, 17 000 Wagen absetzen zu können.

Die Credit A.G. für Ford-Fahrzeuge, eine Tochtergesellschaft, die den Abzug der Ford-Wagen finanziert, wird auf das Nominalkapital 15 Proz. Dividende verteilen. Die Ford-Gesellschaft erhält hier für ihre Beteiligung von nominell 2 Millionen Mark, für die nur 0,5 Millionen Mark eingezahlt wurden, noch 0,3 Millionen Mark. Alles in allem dürfte die Ford-Gesellschaft im Jahre 1930 rund 5,5 Millionen Mark, also annähernd 40 Proz. ihres Kapitals, verdient haben!

Der Umzug nach Köln wird Ende April stattfinden; Anfang Mai soll die volle Produktion im Gange sein. Es sollen im ersten Jahre 1500 bis 2000 Leute beschäftigt werden, die in einer Schicht 75 Personenwagen und 35 Lastwagen herstellen, was einer Jahresproduktion von 33 000 Wagen entspräche. Der Kölner Betrieb soll auch für die Märkte von Frankreich, Holland und Skandinavien arbeiten. Köln soll nicht Montage-, sondern regelrechter Fabrikbetrieb werden. Man sagt, die maschinelle Einrichtung wird „moderner“ als die in Detroit sein.

Das Wort des Ford-Direktors, daß die weitere Entwicklung des deutschen Ford-Unternehmens von der Gestaltung des Absatzes, d. h. von der Ausnutzung der Anlagen, abhängt, sollte auch in der deutschen Autoindustrie, wo die Gelegs des Marktes von den Technikern noch zu wenig beachtet werden, sehr beachtet werden.

Ford ist ein bittererster Konkurrent für die in zu vielen, in zu kleinen und zu wenig ausgenutzten Betrieben arbeitende deutsche Industrie.

Auch die anderen europäischen Ford-Gesellschaften haben das Jahr 1930 glänzend überstanden. Die englische Gesellschaft verteilte wieder 10 Proz. Dividende; die Betriebsgewinne sind von 18,8 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 21,4 Millionen Mark im Jahre 1930 gestiegen. Die holländischen Fabriken haben in 14 Monaten (bis Ende Dezember 1930) bei 5,4 Millionen Kapital sogar 6,5 Millionen Mark verdient, so daß die Dividende von 10 auf 20 Proz. erhöht wurde.

Burbach bohrt Del.

Der Leiter des Burbach-Konzerns, Generaldirektor Korte, äußerte sich auf der Generalversammlung im Gegensatz zu der pessimistischen Auffassung anderer Kalkonzernleiter über die Zukunft des Kalkoberbaues durchaus optimistisch. Wenn auch der Kalkabtrag in den beiden ersten Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgeblieben sei, so hätten doch bisher die Märzabtrufe dem Stand des März 1930 entsprochen. Er halte es für sicher, daß sich der Kalkabtrag in Deutschland nach der Durchführung der landwirtschaftlichen Hilfsaktion fröhlich beleben würde. In den überseeischen Ländern seien für einen Ausbau des Kalkabtrages noch unbegrenzte Möglichkeiten vorhanden.

Zu den im letzten Jahre begonnenen Delbohrungen bemerkte Herr Korte, daß Burbach sowohl in Norddeutschland wie auch in Thüringen mit Erfolg Bohrungen vorgenommen habe. Die Beschaffenheit des geförderten Dels sei sehr gut und enthalte etwa 20 bis 23 Proz. Benzol, die bisherige Tagesausbeute sei bis auf 60 Tonnen angewachsen. Bei der Erschließung neuer Delsfelder habe der Burbach-Konzern den Vorteil gegenüber anderen Unternehmungen, daß er unter Benützung seiner Kalkschächte bei den Bohrungen 1000 Meter Tiefe, die anderenfalls erst vorgebohrt werden müßten, einpare. Eine eigene Kalkfination des Dels kommt für Burbach vorläufig nicht in Frage, vielmehr wird diese auch weiterhin von der IG-Farbenindustrie durchgeführt werden.

Der Verkauf der Oberschleissischen Hüttenwerke.

Auf der Generalversammlung der Mitteldeutschen Stahlwerke A.G., in der die früheren Lauchhammer Betriebe und das Brandenburger Walzwerk Weber zusammengeschlossen sind, wurde mitgeteilt, daß sich bisher die Lage des Eisenmarktes in Mitteldeutschland noch nicht geändert habe. Ob das bevorstehende Frühjahr eine Belebung durchgreifend bringen wird, könne gegenwärtig noch nicht übersehen werden.

Außerdem wurde mitgeteilt, daß die im Besitz des Konzerns befindlichen Aktien der Oberschleissischen Hüttenwerke A.G. in Bielitz für 6 Millionen Mark an den Oberbedarfskonzern (Oberschleissische Eisenbahnbedarf A.G.), der sich im Besitz des Grafen Ballestrem befindet, verkauft worden sind. Der sehr rentable Mitteldeutsche Stahlkonzern ist damit eine Beteiligung aus der Zeit des Ante-Hofmann-Lauchhammer-Konzerns losgeworden, an der er wenig Freude erlebt hat. i

Marcella d'Arle: Unbekannte Soldaten

Aus dem Italienischen von Oda Lerda-Olberg

„Endlich die Taschenlampe!“ In dem Dunkel voll Köpfen, Aufstöhnen und Fluchen erscholl diese Worte plötzlich wie eine Erlösung. Es folgte ein Augenblick tiefen Schweigens, als wäre der als Unterhand dienende Stollen, den eine Mine unter Tonnen von Erde und Stein begraben hatte, mit einem Schläge menschlicher geworden. Dann hörte man ein heiseres Aufschluchzen, wie von einem Kinde.

Als der keine Lichtstrahl die Dunkelheit durchbroch, hefteten sich alle Augen darauf, entrückt und durstig, wie auf ein Wunder.

Der Unterleutnant, ein Bursche von neunzehn Jahren, richtete den Strahl der Taschenlampe zuerst auf seine Soldaten. Sie waren alle da. Dann leuchtete er den Stollen ab. Da, wo früher der Luftzug war, war jetzt ein großer grauer Block, der schwer herniederhing, als könnte er von einem Augenblick zum anderen hinunterfallen und alles unter sich zermalmen. Grauen schloß die Beschütteten. Es waren ihrer zehn, aber in dem ganzen Stollen, der Schützengraben und Unterstand war, mußten über zweihundert Mann sein, alle verhöllt unter der ungeheuren Lawine von Stein und Erde.

„Verfluchte Luder!“ sagte einer der Soldaten und ballte seine Faust gegen die Wand. In der Richtung des Feindes? Wer konnte das wissen, wo alles ein anderes Gesicht hatte, wie nach einem Erdbeben. Dann wurde es auf kurze Zeit still.

„Was für Lebensmittel sind da?“ fragte endlich der Leutnant.

„Brot, Komerven — alles wird mir abgeliefert.“

Der eine zog ein Stück Brot aus der Tasche, der andere ein Stück Wurst, noch einer rückte zögernd eine große Flasche Schnaps heraus. Alles brachte man dem Offizier.

„Weiter nichts?“ fragte dieser.

„Wenn das Essen vor rechten Zeit gekommen wäre, so hätten wir wenigstens das“, knurrte einer.

„Es ist schon gut“, sagte der Leutnant, mit kalter, fester Stimme. Er war unter Mittelgröße, mit kleinen zarten Händen und glatten lockigen Haaren um ein rosiges kindliches Gesicht. „Ich werde jetzt die Borräte in diesen Sack tun, den niemand anrühren darf. Dann lösche ich die Lampe aus, denn die Batterie ist vielleicht bald verbraucht, da ist es besser, nicht zu verschwenden. Jeder suche sich eine bequeme Stellung und sehe zu, daß er schlafen kann. Es ist jetzt halb elf Uhr morgens. Heute abend gibt es etwas zu essen, morgen auch und dann...“ — er sah auf den Sack mit den Borräten — „dann werden wir weiter leben“, und damit löschte er die Taschenlampe. Raum war er im Finstern, so kam das Entsetzen über ihn, maßlos, überwältigend. „Wir kommen nie mehr heraus... Wir werden hier unten verrotten, wie Ratten in der Falle“, sagte er zu sich selbst, lautlos, und schloß sich grenzenlos einsam, zum Heulen. Aber im Dunkel hörte man, wie vorher, das heisere Aufschluchzen, wie von einem Kinde, und so sprach er weiter:

„Die Mine hat außer uns zweihundert Mann verhöllt. Ganz sicher wird man die Feindstellungen auf einen Tag einstellen, um uns auszugraben... Das habe ich schon öfter gehört... Wir müssen also aushalten, mit dem Essen sparen und vor allem keinen Unfuss machen... Das ist ja ganz unmöglich, daß man uns hier einfach umkommen läßt... lebendig begraben...“

„Herr Leutnant, und die Luft?“

„Die Luft? Was soll das heißen? Ach so...“ — und jetzt verstand er und presste die Nägel triumphierend in die Handflächen. — „Stillest ist irgendeine Spalte da, die uns mit der freien Luft verbindet... Und dann? Ihr habt doch alle von Bergleuten gelesen, die zehn Tage verhöllt waren und dann gerettet wurden... Ich habe so etwas als Kind gelesen... Ich weiß nicht, wo es war... Ach ja, das war ein Roman...“ Seine Stimme war kindlich geworden und zitterte etwas. „Das war ein Roman“, wiederholte er sich selbst, einmal über das andere.

Dann rief er sich zusammen, steckte die Taschenlampe ein, überzeugte sich, daß sein Revolver da war und streckte sich aus, den Kopf auf dem Sack mit den Lebensmitteln. Das Schweigen um ihn war lebendig, verzweifelt, und es kam dem jungen Manne auf einmal so vor, als wäre er allein unter lauernden Feinden. Er rief die Augen anständig auf und starrte ins Dunkel. Allmählich verfiel er in einen qualvollen Halb Schlaf. Er sah schöne Frauen in seidernen Kleidern, sah Verwundete und Sterbende und weite Wiesen im

Sonnenchein und Reihen von Soldaten, die stürmten, und das traurige Gesicht einer Schulkameradin aus dem Gymnasium, die ihn auf die Bahn begleitet und ihm Glück gewünscht hatte... Wie hieß sie doch? Annetta? Nein... Carla? Auch nicht... Es war ein einfacher Name, leicht zu behalten... Maria? Nein. Wie hieß sie nur? Einmal waren sie zusammen auf den Petersplatz gegangen... Und es war soviel Sonne... Aber wie hieß sie? Franca nicht, Luisa? Nein, auch nicht... Wie nur, wie?

„Herr Leutnant“, sagte eine Stimme im Dunkel, „die Luft fehlt!“

Er richtete sich auf. Er war ganz in Schweiß gebadet, und es sumimte merkwürdig vor seinen Ohren. Die anderen waren durch den Schrei aufgeschreckt, und die Finsternis war voll von Entsetzen.

Der Leutnant schaltete das Licht seiner Taschenlampe ein. Alle Gesichter waren blaß und in Schweiß gebadet. Mechanisch griff er nach der Uhr und fuhr zusammen. Es war schon fünf Uhr. Beinahe sieben Stunden waren vergangen. Wertwürdige Sache, die Zeit... es sahien nur ein Augenblick und waren sieben Stunden... Aber darum hatte man ihn ja nicht gerufen. Warum doch? Richtig... die Luft fehlte... Wie war es doch in dem Roman? Was mußte man tun, um zu sehen?... Ja, ja.

Er suchte nach dem Streichhölzchen, entzündete eins und hielt es nahe dem Erdboden. Die kleine Flamme flackerte einen Augenblick, blaß und zart, und verlösch. Er versuchte es mehrmals, indem er das Streichholz immer höher hielt. Erst in Hützhöhe blieb es brennen.

Einer der Männer brach in rauhes Lachen aus und sagte: „Da hat es Zweck, mit dem Essen zu sparen!“ und lachte weiter. Dann sprang er auf und schlug mit den Fäusten gegen die Gesteinwand, erst hier, dann da. Ueberall hartes, süßloses, tauber Stein. Er ließ sich zu Boden fallen und verbarg den Kopf zwischen den Händen. Er war ein Mann von dreißig Jahren, groß und stark mit breiter, reiner Stirn.

Der junge Offizier — mehr Knabe als Mann — sah das alles wie durch einen immer dichter werdenden Nebel, wirt, ohne Angst zu empfinden, ohne zu denken. Einer der Männer trat auf ihn zu: ein Mann vom Lande, Mitte der Dreißig, mit roten Haaren und breitem, eifrigem Gesicht:

Völkerbund und Bibliotheken

Neben den Museen sind es die Bibliotheken, denen das Völkerbund-Institut für die geistige Zusammenarbeit sein Hauptinteresse zuwenden, um zu einer Vereinfachung in Arbeitsgängen zu kommen. Da greift die Unorganisation ein, in der zur Zeit die Kommission selbst begriffen ist. Sie hat die vier Unterkommissionen aufgestellt, in denen bisher sich ihre Arbeit abspielte: die eine für Unterhaltungsangelegenheiten, die zweite für allgemeine wissenschaftliche Angelegenheiten und Bibliographie, die dritte für Literatur und Kunst, die vierte für Fragen des geistigen Eigentums. An die Stelle dieser etwas schwerfällig arbeitenden Douerausschüsse sollen Sachverständigenausschüsse treten, die das Institut von Fall zu Fall einberufen, die eine bestimmte Frage oder einen bestimmten abgegrenzten Komplex von Aufgaben zugewiesen erhalten und die — das erscheint am wichtigsten — nicht nur wie bisher beratende Eigenschaften besitzen, sondern die auch die Ausführung bestimmter Aufgaben zugewiesen erhalten. Entsprechend den vier Kommissionen war das Pariser Institut für die geistige Zusammenarbeit in vier Sektionen eingeteilt. Auch diese Sektionen verschwinden nun, das Personal des Institutes verringert sich um etwa die Hälfte, und der hierdurch freiwerdende Teil des Haushaltes ist dazu bestimmt, einzelne Arbeiten zu fördern.

Diese Neuorganisation hat ein Studienauschuss durchberaten, an dem von Deutschen Dr. Krüh, der Generaldirektor der Preussischen Staatsbibliothek, neben seinem Kollegen Roland-Mareel von der Pariser Nationalbibliothek mitgearbeitet hat. Für Bibliotheksaufgaben ist eine besondere Konferenz eingesetzt, die alle Jahre zusammenzutreten wird und in der gleichfalls Dr. Krüh die deutschen

„Herr Leutnant, ich möchte meinen Beuten zu Hause ein paar Worte schicken. Ich kann nicht schreiben.“

Der Leutnant zog Meißel und Notizbuch heraus, und der Mann bitterte:

„Liebe Frau, ich teile Dir hierdurch mit, daß ich bis zuletzt an Euch alle gedacht habe, und daß Du dem Herrn Leutnant dankbar sein mußt, der für mich diesen Brief schreibt. Sonst hättest Du es nie gewußt. Wenn Virginia erwachsen ist, laß sie Schneiderin werden, wie sie gern möchte. Carluccio muß aber nach den Feldern sehen. Denke daran, daß im Frühjahr die Obstbäume gedüngt werden müssen, und wenn sich eine gute Gelegenheit findet, sollst Du die Kuh verkaufen, denn sie wird alt. Weil der Herr Leutnant auch nicht schreiben wollen, schreibe ich und verbleibe Dein Dich liebender Mann. Michele Esposito.“

Der junge Mann schrieb langsam mit seiner langen, gezielten Schrift à la d'Annunzio. Als er fertig war, gab er dem Mann das Blatt, und dieser steckte es sorgfältig in die innere Tasche der Jacke und lehnte den Kopf an die Steinwand. Viele schrieben, und er dachte einen Augenblick daran, seiner Mutter ein paar Zeilen zu lassen. Er sah sie vor sich, das leere und gequälte Gesicht der Frau, die um jeden Preis jung und hübsch bleiben will... Ihr schreiben? Was und wozu? Er schloß die Augen. Wieder sah er den Petersplatz, in Sonne gebadet, und das schlafarme, traurige Lächeln der Schulführerin... Wie hieß sie doch? Wie nur?

Einer der Männer zog die Schnapsflasche aus dem Sack mit den Borräten und brach ihr den Hals an einer Kante im Gestein. Er trank und ließ die Flasche reihum gehen. Bald darauf gingen einige an zu trinken, heiser und unsicher.

Vielleicht hatte die Explosion der Mine im Innern des alten Bergwerks beim Verschieben von Gesteinmassen giftige Gase freigesetzt, die sich jetzt heimtückisch der Luft beimengten. Eine unbefugbare Schädlichkeit lastete auf allen, weich und atemraubend.

Die Taschenlampe ging aus. Die meisten merkten es gar nicht. Sie und da sang einer im dunkeln mit halber Stimme. Dann verstummte er. Wieder vernahm man das heisere Aufschluchzen, wie von einem Kinde. Der Leutnant fragte sich — ohne Reugier —, wer von den Männern wohl so schluchzen konnte. Dann wurde alles still.

Pföflich hörte man in dem Schweigen ein tiefes Aufschluchzen, wie aus Erleichterung.

Es war der Leutnant. Endlich war ihm der Name der Schulführerin eingefallen...

Sie hieß Giopanna.

Und über dem Stollen, oben, in der Sonne, ging die Schlacht weiter, ohne Unterbrechung, tagelang...

Erna Büsing: Der erste Schleuderbrett-Akrobat

Als der (inzwischen schon verstorbene) Kräftjongleur Conchaj im Berliner Wintergarten von einer Wippe aus Oranafen in die Luft warf, um sie mit dem Rücken aufzufangen, raste das Publikum Beifall. Alles klatschte in die Hände, viele Handschuhnähte zerplatzten, in dem allgemeinen Beifallsorger blieb nur einer ruhig, das war der Akrobat Adolf Wolpert. Er war direkt benommen von der Leistung, fiel in tiefes Nachdenken und fortan stand sein Leben unter der fügen Idee, — mit einem einfachen Brett kann man sehr viel machen. Und Adolf Wolpert hatte kein Brett vorm Kopf, im Gegenteil, er war ein sogenannter pfliffiger Kopf. Er sagte sich, was der Kräftjongleur mit toten Dingen macht, muß der Akrobat mit Menschen machen können. Man muß das mal mit guten Akrobaten probieren; denn die wissen sich in jeder Situation zu helfen.

Er fabrizierte eine primitive Wippe, nahm seine beiden Lächler an die Länge und begann mit den Übungen. Doch das Glück war ihm nicht hold, seine älteste Tochter drehte sich das Knie aus und die Tricks wurden nicht weiter probiert. Trotzdem beschäftigte sich Wolpert unausgesetzt mit dem Gedanken, die Wippe als Schleuderbrett zu verwenden, das es bestimmt dem Akrobaten ermüdigte, noch nie gezeigte Leistungen zu vollbringen. Als dann im Café Bauer, der gerade vom Militär frei gekommene Hensel ihn um Arbeit ansprach, sagte Wolpert: „Arbeit habe ich nicht, aber wenn Du eine gute neue Sache mit mir ausprobieren willst, dann komm.“ Hensel sagte sofort „Ja“. Ganz begeistert war er von der Neuheit. Er wurde direkt von Tollkühnheit gepackt und die Fertigstellung der neuen Nummer konnte ihm nicht schnell genug gehen. Er wieserte sich, an der Länge zu probieren, er sagte zu Wolpert: „Ich fenne dich ja, du bist vorsichtig“, und man übte Trick auf Trick. Wolpert stand als Untermann fest auf der Erde und auf seine Schultern sprang Hensel, der hochgehlebte Obermann. Bald suchte man den dritten Mann für die Nummer. Er fand sich in Fritz Wagner, der auch gerade vom Militär kam. Innerhalb eines Monats stellten diese drei unternehmungslustigen Akrobaten die Nummer zusammen. Sie probten vor Frochseuten auf der Bühne des Wintergartens und wurden sofort nach auswärts engagiert. So starrte die Nummer als das erste Schleuderbrettakrobatenstück am 1. November in Prag. Von da aus ging es ins Hamburger Hanfentheater, ausgerechnet im Monat Dezember, zur Zeit des Domus, des großen Hamburger Jahrmarkts, der zugleich von vielen inter-

nationalen Agenten als Artistenbörse ausgenutzt wird. Die Schleuderbrettakrobaten erhielten Engagement über Engagement, und sie machten überall Aufsehen. Doch rasteten sie nicht, sondern probierten weiterhin neue Tricks. Am 16. August 1906 waren es sie, soweit, daß im Kristallpalast in Leipzig der Obermann es zum ersten Male wagen durfte, vom Schleuderbrett aus mit seinem Kopf auf den Kopf des Untermannes zu springen. Die Ausführung dieses Tricks bestand darin, daß auf dem einen Ende des Schleuderbretts der Portner (Obermann) stand und der Untermann dann auf das andere Ende der Wippe sprang, wodurch der Obermann bei Ausführung eines halben Salto mortales in die Luft geschleudert wurde, und mit seinem Kopf auf dem Kopf des Untermannes zu stehen kam.

Dieser Trick war die Sensation für Nordamerika. Man spannte den Akrobaten nicht die Pferde aus, man bedrängte sie auch nicht derartig, daß polizeiliche Absperrenmaßnahmen nötig waren, jedoch lauerte man ihnen auf und wo sie sich in einem Café oder in einem Speisehaus an einen Tisch setzten, fand sich ein gleiches Augenpaar ein Unbekanntes ein, der mit ihnen über diesen Trick debattierte. Selbst auf der Straße wurden sie von Witzbegierigen angesprochen.

Die ersten Schleuderbrettakrobaten sind selbstredend nicht mehr beisammen. Hermann Hensel fiel 1914 auf dem Schlachtfeld. Wolpert, der 62jährige, kann als Artist nicht mehr aktiv tätig sein, dennoch ist er rührig tätig für seine Kollegen, wirt er doch schon seit über zehn Jahren als Sekretär der Internationalen Artistenloge. Nachwuchs an Schleuderbrettakrobaten ist genug da und vielerorts wird bei einem tüchtigen Stellmacher ein Schleuderbrett bestellt. Es ist dauerhaft und hält lange aus, wenn aus von ihm aus irgendein seltener Obermann den Sattel zu drei oder sogar zu vier Mann hoch dreht. Obwohl das Schleuderbrett gewissermaßen den Akrobaten entlastet und er nicht mehr alles allein aus sich herausziehen muß, ist diese Arbeit keineswegs leicht. In Berlin ereignete sich vor Jahren ein Todessturz unter seltsamen Umständen. Als nämlich Knapp, ein Mitglied der Wogard-Gruppe, im Lumpenpark sprang, erlief plötzlich die Bogenlampe. Der Akrobat konnte sich nicht orientieren, war in einem furchtbaren Schwung, sauste von der Bühne und fiel mit der Schläfe auf ein spitzegegrähtes Blumenbeet. Die dadurch erlittenen Verletzungen führten zum Tod.

Interessen vertritt. Ein Hauptgegenstand der Beratungen muß der internationale Leihverkehr sein. Wie Dr. Krüh im „Zentralblatt für Bibliothekswesen“ berichtet, gibt das Institut jetzt einen Führer heraus, der alle Vorschriften über den Leihverkehr aus 16 Bänden und außerdem Angaben über den internationalen Schriftenaustausch enthält. Auf der Bibliothekskonferenz ist betont worden, daß das Fehlen der Gegenseitigkeit das wichtigste Hindernis für die Weiterentwicklung des internationalen Leihverkehrs ist. Manche Bibliotheksordnungen tragen in überalterter Weise dem auswärtigen Leihverkehr Rechnung, kommen aber nicht zur Auswirkung, da an wichtigen Stellen des Auslandes die Gegenseitigkeit nicht gewährt werden kann. Die Konferenz hat empfohlen, mit allen Mitteln auf die Anerkennung des Prinzips der Gegenseitigkeit hinzuwirken und als ersten Schritt auf diesem Wege zu erreichen, daß wenigstens die Dublettenbestände in vollem Umfange dem Leihverkehr zugänglich gemacht werden.

Die Beschaffung der ausländischen Literatur ist eine zweiseitige Hauptaufgabe der Bibliotheken. Eine Entscheidung, die von der Konferenz angenommen wurde, spricht es aus, daß das Anwerben der literarischen Weltproduktion und die beschränkten Mittel der Bibliotheken eine besondere Sorgfalt bei der Auswahl der anzuschaffenden Auslandsliteratur erfordern. Das Institut veröffentlicht eine Jahresliste von besonders bemerkenswerten Neuerungen; sie enthält Werte, die eine hervorragende Kunstleistung darstellen oder einen originalen Gedankeninhalt besitzen, Werte, die besonders geeignet sind, einen Eindruck von nationaler Eigenart und nationalen Tendenzen zu vermitteln, und Werte, die eine spezielle Materialsammlung enthalten. So hofft man den Gedanken einer besseren Unterrichtung über das Wertvolle in der literarischen Weltproduktion auf dem Wege über die Bibliotheken verwirklichen zu können.

Für Verwendung der Mikrophotographie hat sich die Konferenz ausgesprochen, um die Verbreitung und den Schutz von einzigartigen oder seltenen Gegenständen in Bibliotheken und Archiven zu gewährleisten. Sie befürwortete auch den Plan, unter der Intititope des Völkerbundes eine internationale Sammlung mikrophotographischer Wiedergaben von geschichtlich bedeutsamen Urkunden, wie z. B. der Dekrete Napoleons, herauszugeben. Auch andere Verfahren der Fortpflanzung von Drucken und Handschriften sollen gefördert werden, um die Benutzung von nicht verletzlichen Stücken zu erleichtern und der drohenden Abnutzung der Originale durch den unmittelbaren Gebrauch entgegenzuwirken.

Eine Zusammenarbeit der Archive der Staaten wurde von deutscher Seite angeregt. Daraufhin ist empfohlen worden, zunächst eine beschränkte Konferenz von Archivdirektoren mit einem Vertreter des internationalen Ausschusses für historische Wissenschaften einzuberufen, die dann die Zweckmäßigkeit einer größeren Konferenz prüfen soll.

Ein Mittel gegen Ermüdung? Der französische Arzt Dr. Drounon gibt allen, die sich körperlich besonders anstrengen müssen, ganz gleich, ob sie an einem Lauf- oder Fahrweitriff teilnehmen oder einen langen Marsch vor sich haben, den Rat, ungefähr acht Tage vorher täglich 100 bis 200 Gramm Zucker zu essen. In welcher Form man den Zucker nimmt, ist ganz gleich. Er kann in getrockneten oder in Kaffee, Milch, Tee oder Wasser. Dies ist gemäß für alle Sportler höchst interessant. Natürlich wird man mit einem kleinen Quantum anfangen müssen und dann immer etwas mehr nehmen, bis man die oben angegebenen Menge erreicht hat. Der günstige Einfluß des Zuckers ist besonders gut wahrzunehmen, wenn man in Zwischenpausen jedesmal eine kleine Menge nimmt.

Eine Pflanze, die nur zwei Blätter hat. Die Pflanze, die im Laufe ihres Lebens tatsächlich nur zwei Blätter ausbildet, ist die in den Wäldern Südwestafrikas vorkommende Welwitschie (Welwitschia mirabilis), ein eigenartiges Gewächs, dessen breiter Stamm wie ein großer Holzbock fast hoch auf dem Boden liegt, während die fächerförmigen und lammzapfenförmigen Blüten den wüsten Randern des Beckens entspringen. Die Welwitschie besitzt nun außer Stammbock und Blüten ihr ganzes Leben lang nur zwei Blätter, die sich aber der Länge nach in samale Streifen teilen und in seltsamen Verwicklungen um die Pflanze herumrollen, so daß der Stamm dennoch ganz von Blattwerk bedeckt scheint. Obgleich sie nur zwei Blätter hat, macht daher die Welwitschie doch keinen blattarmen Eindruck, um so mehr, als die Blätter bis zu zwei Meter lang werden.